

NOMOSLEHRBUCH

Bieber | Epiney | Haag | Kotzur | Starski

Die Europäische Union

Europarecht und Politik

17. Auflage



Nomos



Helbing
Lichtenhahn

NOMOSLEHRBUCH

Prof. (em.) Dr. Roland Bieber

Prof. Dr. Astrid Epiney

Marcel Haag

Prof. Dr. Markus Kotzur

Prof. Dr. Paulina Starski

Die Europäische Union

Europarecht und Politik

17. Auflage

Prof. (em.) Dr. Roland Bieber, Universität Lausanne | **Prof. Dr. Astrid Epiney**, Universität Fribourg | **Marcel Haag**, ehem. Europäische Kommission, Brüssel | **Prof. Dr. Markus Kotzur**, Universität Hamburg | **Prof. Dr. Paulina Starski**, LL.B., Universität Freiburg



Nomos



**Helbing
Lichtenhahn**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-3834-3 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden, Print)

ISBN 978-3-7489-6889-4 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden, ePDF)

ISBN 978-3-7190-5099-3 (Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel)

17. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur siebzehnten Auflage

Die Europäische Union bildet eine freiwillig geschaffene und noch immer einzigartige gemeinsame Rechtsordnung europäischer Völker. Die sich im Jahre 2026 noch einmal akzentuierenden Krisen und weltpolitischen Veränderungen belegen die Bedeutung gemeinsamen Handelns, um Frieden, Wohlstand, Sicherheit und die Grundlagen zukünftigen Lebens zu sichern. Gemeinsames Regieren auf der Grundlage des Rechts, das gemeinsamen Werten verpflichtet ist, bildet eine bewusste Alternative zum Egoismus des isoliert handelnden Nationalstaats und erst recht zur Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker durch Aggression und Rechtsbruch. Der nach wie vor andauernde Krieg Russlands gegen die Ukraine steht im Kontrast zum Selbstverständnis der Union als einer auf Demokratie und Recht gegründeten, Frieden stiftenden und bewahrenden Organisation und stellt ihr die fortwährende Aufgabe, dieses Selbstverständnis zu beweisen und zum Schutz ihrer Bürger beizutragen (vgl. Art. 3 EUV).

Die trotz der nötigen Kompromisse auf Dauer größere Leistungsfähigkeit des gemeinsamen Handelns und sein Potenzial für zwischenstaatliche Konfliktminderung gilt jedoch ungeachtet zahlreicher Wünsche zur Aufnahme in die Union nicht als selbstverständlich. Zum einen sinkt der Einfluss der Union auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen und auf die globalen Herausforderungen, wie zum Beispiel den Klimawandel. Zum anderen illustriert das im Jahre 2020 wirksam gewordene Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Union die Zweifel an dem Nutzen der seit über sechzig Jahren bestehenden gemeinsamen Rechtsordnung. Hinzu kommen Tendenzen, sich den gemeinsam eingegangenen Pflichten zu entziehen. Diese haben sich zwar aufgrund inzwischen eingetretener Regierungswechsel etwas abgeschwächt; indessen stehen auch die neuen Regierungen vor der Schwierigkeit, dass bewusste und gezielte Relativierungen rechtsstaatlicher Grundsätze nicht von heute auf morgen rückgängig gemacht werden können. Insofern besteht eine der großen Herausforderungen der Union darin, dass sich alle relevanten Akteure und insbesondere Amtsträger und Organe in den Mitgliedstaaten den gemeinsamen Werten, auf denen die Union beruht, verpflichtet fühlen. Auch wenn die Verträge bei Verletzungen der Werte bzw. dem Bestehen einer entsprechenden Gefahr Verfahren vorsehen, die auch genutzt werden, wird sich die Union auch und gerade im Fall der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten die Frage stellen müssen, wie sie die entsprechenden „Sicherungen“ verstärken und effektiver gestalten kann. Nicht zuletzt ist daran zu erinnern, dass in allen Mitgliedstaaten alle Organe dem Unionsrecht verpflichtet sind und diesbezügliche Relativierungen immer auch Signalwirkung entfalten können. Insofern ist es bedauerlich, dass auch ein Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 5.5.2020 mit seiner Behauptung, eine bestimmte Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs sei „objektiv willkürlich“ und daher für Deutschland nicht bindend, in die Reihe der Infragestellungen des gemeinsamen Rechts gehört.

Der Integrationsprozess steht vor der Notwendigkeit, neue Formen zu finden und Krisen zu bewältigen, die an seinem Beginn nicht vorhergesehen wurden. Dies gilt insbesondere für die Bedrohungen der Lebensbedingungen, aber auch für eine Reihe weiterer Herausforderungen (wie die Migration nach Europa, den Klimawandel oder militärische Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft). Hinzu kommen die Anfälligkeit des internationalen Währungssystems und der öffentlichen Finanzen im Inneren der Union. Die Notwendigkeit gemeinsamen solidarischen Handelns ist nicht geringer geworden. Doch zeigten sich Schwächen der geltenden vertraglichen Regeln. Auch begünstigen Mängel der Kommunikation zwischen den Bürgern und den gemeinsamen Organen der Union

Vorwort zur siebzehnten Auflage

und eine geringe Bereitschaft der staatlichen Regierungen, Verantwortung für ihr Handeln im Rat der Union zu übernehmen, die Entfremdung der Bürger von der Union. In diesem Umfeld wird es großer Anstrengungen aller politisch Verantwortlichen bedürfen, um den Wert der gemeinsamen Rechtsordnung zu bewahren und zu entwickeln.

Die siebzehnte Auflage des bewährten Lehrbuchs spiegelt die jüngsten Entwicklungen im Inneren wie im Äußeren der Union wider. Sie wurde – auch im Rahmen einer Neuaufstellung des Autorenteams (s. u.) – umfassend überarbeitet, um die bis zum Sommer 2026 ergangene neueste Gesetzgebung und Rechtsprechung und die veränderten Existenzbedingungen der Union zu berücksichtigen.

In vierzig Kapiteln wird die politische und rechtliche Eigenart der Union in einer Gesamtschau auf Verträge, institutionelle Praxis sowie deren Wirkung in den Mitgliedsstaaten und im internationalen Bereich erschlossen. Die wesentlichen Strukturen und Aktionsfelder der Europäischen Union werden präzise und auf dem neuesten Stand dargestellt und kritisch analysiert (u. a. Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungspolitik, Asyl- und Einwanderungsrecht, Umwelt, Außenbeziehungen). Gleichmaßen Berücksichtigung erfahren dabei die vertraglichen Quellen in der Fassung des Vertrags von Lissabon, die späteren Ergänzungsverträge (Fiskalpakt, Europäischer Stabilitätsmechanismus) sowie die umfassende Ausführungsgesetzgebung und die Rechtsprechung.

Unser Buch soll zur Verbreitung zuverlässiger Informationen über das gemeinsame Regieren in der Union beitragen und gleichzeitig eine Vertiefung offener Rechtsfragen ermöglichen. Zu diesem Zweck legen wir Wert auf die Angabe genauer Quellen, die nach Möglichkeit amtliche Fundstellen nachweisen. Die seit Oktober 2023 wirksame neue Quellenangabe des Amtsblatts der Union wird berücksichtigt. In Bezug auf geschlechterneutrale Sprache verfolgt das Werk einen pragmatischen Ansatz, der das (auch grammatikalisch) korrekte generische Maskulinum beibehält, indessen auch – wo sachdienlich und ohne unnötige Schwerfälligkeit des Textes möglich – auf andere Formen zurückgreift.

Das Buch bildet eine Gemeinschaftsarbeit. Die Kooperation mehrerer Autoren gewährleistet, dass der immer komplexer werdende Stoff gleichmäßig durchdrungen und dargestellt wird. Auch können vielfältige Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis genutzt werden. Mit dieser Neuauflage geht auch eine Neuaufstellung des Autorenteams einher: Paulina Starski (Universität Freiburg) ist neu zum Autorenteam dazugestoßen, während Roland Bieber zwar noch aktiv mitwirkt, doch keine eigenen Kapitel mehr verantwortet. Er hat das Werk mitbegründet und sein Konzept und die „Philosophie“ des Werkes in den vergangenen Jahrzehnten und über nunmehr siebzehn Auflagen maßgeblich geprägt. Die Mitautoren sind ihm zu großem Dank verpflichtet. Die bewährte Zusammenarbeit wird in seinem Sinne auch in dieser und den kommenden Auflagen weitergeführt werden.

Vorwort zur siebzehnten Auflage

Im Einzelnen verfassten die Autoren folgende Paragraphen:

Astrid Epiney: 2 A und C. I., C. II., 9–13, 25, 27, 34–35.

Marcel Haag: 2 B, 4, 8, 14–17, 21–24, 33, 37.

Markus Kotzur: 1, 5–6, 28–29, 31–32, 39–40.

Paulina Starski: 2 C. III., 3, 7, 18–20, 26, 30, 36, 38.

August 2026

Astrid Epiney

Fribourg

Marcel Haag

Brüssel

Markus Kotzur

Hamburg

Paulina Starski

Freiburg

Inhaltsübersicht

Vorwort zur siebzehnten Auflage	5
Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	31
Teil A Grundlagen	39
§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration	39
§ 2 Die Grundlagen der Union: Bürger und Staaten	60
§ 3 Strukturprinzipien der EU-Verfassung	114
§ 4 Institutionelles System	150
§ 5 Finanzverfassung	203
§ 6 Rechtsquellen	221
§ 7 Rechtsetzungsverfahren	249
§ 8 Angleichung der Rechtsordnungen	272
§ 9 Rechtsanwendung und Europäisches Verwaltungsrecht	286
§ 10 Rechtsschutzsystem	304
Teil B Grundfreiheiten	369
§ 11 Allgemeine Prinzipien des Binnenmarkts und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	369
§ 12 Freier Warenverkehr	390
§ 13 Arbeitnehmerfreizügigkeit	424
§ 14 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	452
§ 15 Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	465
Teil C Politikbereiche	476
§ 16 Wettbewerbspolitik	476
§ 17 Staatliche Beihilfen	505
§ 18 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	520
§ 19 Strafrecht, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	526
§ 20 Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik	537
§ 21 Gesellschafts- und Unternehmensrecht	557
§ 22 Steuerrecht	565
§ 23 Urheberrecht und Gewerblicher Rechtsschutz	577
§ 24 Wirtschafts- und Währungsunion	583
§ 25 Sozialpolitik und Arbeitsrecht	600
§ 26 Landwirtschafts- und Fischereipolitik	629
§ 27 Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	641
§ 28 Energiepolitik	656
§ 29 Industrie	669
§ 30 Struktur- und Kohäsionspolitik	675

Inhaltsübersicht

§ 31	Forschung, Technologie und Raumfahrt	683
§ 32	Bildung, Kultur und Sport	689
§ 33	Datenwirtschaft, Datenschutz und Telekommunikation	698
§ 34	Verbraucherschutz und Gesundheitswesen	708
§ 35	Umwelt und Klima	729
Teil D	Außenbeziehungen	754
§ 36	Grundlagen und Verfahren der Außenbeziehungen	754
§ 37	Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	770
§ 38	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	790
§ 39	Europäische Nachbarschaftsbeziehungen und Erweiterung der Union	803
Teil E	Perspektiven	817
§ 40	Ausblick	817
Quellen- und Literaturhinweise		837
Stichwortverzeichnis		841

Inhalt

Vorwort zur siebzehnten Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	31

Teil A Grundlagen

§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration	39
A. Überblick	39
B. Zum Entstehen der Europäischen Idee	41
I. Der Europagedanke und seine Verwirklichung bis 1914	41
II. Anstöße zur Einigung Europas nach 1914	42
C. Zur Entwicklung der Europäischen Union	43
I. Die Gründungsverträge und ihre Vertiefung	43
II. Die Entwicklung der EG-Verträge zur Verfassung der Europäischen Union	45
III. Die Europäische Union als Verfassungsordnung und der Vertrag von Lissabon	48
IV. Krisensteuerung in der „post-Lissabon Phase“	49
V. Neuartige Formen der Integration (verstärkte Zusammenarbeit, „Schengen“, „Prüm“)	51
VI. Erweiterungen	52
VII. Die Union als internationaler Akteur	54
D. Integrationstheorien	55
I. Politikwissenschaft	55
II. Rechtswissenschaft	56
III. Ökonomie	57
IV. Geschichtswissenschaft und Soziologie	57
E. Zusammenfassung	58
F. Literatur	58
§ 2 Die Grundlagen der Union: Bürger und Staaten	60
A. Vorbemerkungen	60
B. Die Bürgerinnen und Bürger	61
I. Die Rechte der Bürger	62
1. Grundrechte	62
a) Grundlagen	62
b) Umfang und Reichweite des Grundrechtsschutzes	63
aa) Rechtsgrundlagen	63
bb) Die Grundrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze	64
cc) Grundrechtsträger	64
dd) Grundrechtsadressaten	65
ee) Rang und Wirkungen	66
c) Verhältnis zur EMRK	67
2. Grundfreiheiten	68

Inhalt

3. Unionsbürgerschaft	68
a) Grundlagen	68
b) Begriff der Unionsbürgerschaft	70
c) Die Unionsbürgerrechte im Einzelnen	72
aa) Das allgemeine Recht auf Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit	72
bb) Das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und Wahlen zum EP	74
cc) Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz	77
dd) Bürgerinitiativrecht	78
ee) Petitionsrecht zum EP	78
ff) Recht zur Anrufung von Einrichtungen der EU	79
gg) Recht zur Anrufung des Bürgerbeauftragten	79
II. Die Pflichten der Bürger	81
C. Die Mitgliedstaaten	81
I. Pflichten der Union: die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten, der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und die Einbindung der nationalen Parlamente	83
1. Achtung der Mitgliedstaaten, insbesondere der nationalen Identität (Art. 4 Abs. 2 EUV)	84
2. Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (Art. 4 Abs. 3 EUV)	87
3. Zur Rolle der nationalen Parlamente	88
II. Pflichten der Mitgliedstaaten	90
1. Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit	90
2. Achtung fundamentaler Grundsätze durch die Mitgliedstaaten	91
3. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	96
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Integrationsprozesses in den Mitgliedstaaten	101
1. Deutschland	101
2. Österreich	108
3. Zu den übrigen Mitgliedstaaten	109
D. Literatur	109
I. Grundrechte	109
II. Unionsbürgerschaft	110
III. Souveränität und Föderalismus	111
IV. „Homogenität“ in der EU, nationale Identität, Werte der Union, Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und Rolle der nationalen Parlamente	111
V. Staatshaftung	112
VI. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Integrationsprozesses in den Mitgliedstaaten	112
§ 3 Strukturprinzipien der EU-Verfassung	114
A. Verfassungsqualität – Verfassungsgrundlagen	114
B. Ziele	117
C. Wirtschafts- und Sozialverfassung	119
D. Die Wertordnung der Union	120
I. Grundlagen	120

Inhalt

II. Das Demokratieprinzip	123
III. Das Rechtsstaatsprinzip	126
IV. Solidarität	127
E. Die Aufteilung der Zuständigkeiten	130
I. Grundsätze	130
II. Gesetzgebung und Außenbeziehungen	131
III. Modalitäten der Zuständigkeitsausübung	133
F. Das Verhältnis zwischen dem Recht der EU und dem Recht der Mitgliedstaaten	135
G. Zugehörigkeit zur Union (Beitritt und Ausscheiden)	140
H. Einheit und Differenzierung	141
I. Rechtspersönlichkeit	144
J. Territorialer Geltungsbereich des Rechts der Union	145
K. Symbole der Union	145
L. Zusammenfassung	146
M. Literatur	148
§ 4 Institutionelles System	150
A. Grundlagen	150
I. Quellen und Terminologie	150
II. Die besonderen Merkmale des institutionellen Systems der EU	150
1. Grundzüge	150
2. Prinzipien der Zusammensetzung	151
a) Auswahl der Mitglieder	151
b) Größe der Organe	152
3. Befugnisse der Organe	152
a) Grundlagen	152
b) Schranken	153
4. Pflichten der Organe	154
a) Wahrung der Funktionsfähigkeit (Identität und Kooperation)	154
b) Effiziente Erfüllung der Aufgaben	155
c) Transparenz des Organhandelns	155
d) „Institutionelles Gleichgewicht“	155
III. Organhandeln im Rahmen besonderer Zuständigkeiten	156
1. Verstärkte Zusammenarbeit	156
2. Sonstiges Organhandeln außerhalb der vertraglichen Befugnisse	156
B. Die institutionelle Struktur	156
I. Die Hauptorgane	156
1. Europäisches Parlament (EP)	156
a) Vorbemerkung	156
b) Aufgaben	157
aa) Überblick	157
bb) Beratungsbefugnis	157
cc) Rechtsetzung	157
dd) Kontrolle	157
ee) Ernennungen / Wahlrechte	159
ff) (Mit-)Gestaltung der EU-Außenbeziehungen	159
gg) Repräsentativfunktion	160

c)	Zusammensetzung	160
d)	Organisation und Arbeitsweise	163
aa)	Selbstorganisationsrecht	163
bb)	Statut der Abgeordneten	163
cc)	Ausschüsse	163
dd)	Fraktionen und Europäische Parteien	164
e)	Interparlamentarische Beziehungen	166
aa)	Parlamente der Mitgliedstaaten	166
bb)	Parlamente von Drittstaaten	166
f)	Verwaltung	167
2.	Europäischer Rat	167
a)	Einleitung	167
b)	Zusammensetzung und Verfahren	167
c)	Aufgaben	168
3.	Rat	169
a)	Aufgaben	169
aa)	Rechtsetzung	169
bb)	Initiativrecht	169
cc)	Exekutivaufgaben	169
dd)	Ernennungen	170
ee)	Kontrolle	170
ff)	Rückkopplungsfunktion	171
b)	Zusammensetzung	172
c)	Organisation und Arbeitsweise	172
aa)	Geschäftsordnung/Interne Organisation	172
bb)	Abstimmungsgrundsätze	173
cc)	Ausschuss der Ständigen Vertreter; Politisches Komitee, Koordinierungsausschuss	175
d)	Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	176
e)	Im Rat vereinigte Vertreter der Mitgliedstaaten	176
f)	Entscheidungsorgane in Verträgen mit Drittstaaten	176
4.	Kommission	176
a)	Vorbemerkung	176
b)	Aufgaben	177
aa)	Initiativrecht	177
bb)	Rechtsetzung	177
cc)	Rechtsanwendung und Verwaltungstätigkeit	178
dd)	Kontrolle der Einhaltung des EU-Rechts	178
c)	Zusammensetzung	179
d)	Organisation und Arbeitsweise	180
aa)	Selbstorganisationsrecht	180
bb)	Willensbildung	181
5.	Europäischer Gerichtshof, Gericht, Fachgerichte	181
a)	Einleitung	181
b)	Zuständigkeiten des EuGH	182
aa)	Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten	182
bb)	Streitigkeiten zwischen EU und Mitgliedstaaten	182

cc)	Streitigkeiten zwischen den Organen und sonstigen Einrichtungen	183
dd)	Streitigkeiten zwischen Einzelnen und der EU	183
ee)	Vorabentscheidungen	183
ff)	Entscheidungen über Rechtsmittel	183
gg)	Sonstige Zuständigkeiten und Aufgaben	184
c)	Zusammensetzung des EuGH, des Gerichts und der Fachgerichte	184
aa)	EuGH	184
bb)	Gericht	184
cc)	Fachgerichte	185
d)	Arbeitsweise	185
aa)	EuGH	185
bb)	Gericht und Fachgerichte	185
6.	Europäische Zentralbank (EZB), Eurosystem, Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)	186
a)	Aufgaben	186
b)	Zusammensetzung, Organisation	187
7.	Rechnungshof	187
a)	Aufgaben	187
b)	Zusammensetzung, Arbeitsweise	188
II.	Die Nebenorgane	188
1.	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)	188
a)	Zuständigkeiten	188
b)	Zusammensetzung, Organisation	189
2.	Ausschuss der Regionen (AdR)	189
a)	Zuständigkeiten	189
b)	Zusammensetzung, Organisation	190
III.	Einrichtungen mit besonderen Aufgaben	190
1.	Europäische Investitionsbank, Europäischer Investitionsfonds	190
a)	Zuständigkeiten	190
b)	Organisation	191
2.	Bürgerbeauftragter, Datenschutzbeauftragter und Europäische Staatsanwaltschaft	191
3.	Ausgegliederte Dienststellen der Organe	192
4.	Vertraglich vorgesehene angegliederte juristische Personen	193
5.	Sekundärrechtlich begründete selbstständige juristische Personen, Agenturen	194
6.	Beratungs- und Hilfeeinrichtungen der Kommission (Ausschüsse)	195
a)	Beratende Ausschüsse	195
b)	Kontrollierende Ausschüsse	195
7.	Mit der Union verbundene gemeinsame Einrichtungen	196
IV.	Statut der Mitglieder und Bediensteten, Arbeitsorte, Sprachen	197
1.	Statut der Mitglieder und Bediensteten	197
2.	Arbeitsorte	198
3.	Sprachen	199
C.	Literatur	200
I.	Institutionen allgemein	200
II.	Europäisches Parlament, Europäische Parteien, staatliche Parlamente	200

Inhalt

III. Rat / Europäischer Rat	200
IV. Kommission	201
V. Gerichtshof / Gericht	201
VI. Kontrolleinrichtungen (Rechnungshof, Bürgerbeauftragter, Datenschutzbeauftragter)	201
VII. EWSA, Ausschuss der Regionen	202
VIII. EZB, Europäische Investitionsbank	202
IX. Sonstige Einrichtungen, Agenturen, Einzelfragen des Organisationsrechts	202
§ 5 Finanzverfassung	203
A. Einleitung	203
B. Rechtsgrundlagen	204
C. Haushaltsplan und mehrjähriger Finanzrahmen	205
I. Überblick	205
II. Haushaltsgrundsätze	206
1. Euro und Rechnungseinheit	206
2. Haushaltsprinzipien	207
D. Einnahmen	208
I. Beiträge	208
II. Eigenmittel	208
III. Anleihen	211
IV. Korrekturmechanismus	213
E. Ausgaben	214
F. Haushalte 2025 und 2026	215
G. Ausführung des Haushaltsplans	216
H. Betrugsbekämpfung	218
I. Haushaltskontrolle	218
J. Ausblick	219
K. Literatur	219
§ 6 Rechtsquellen	221
A. Grundlagen	221
B. System des Unionsrechts	223
I. Primäres Unionsrecht	223
1. Gründungsverträge und Änderungen	223
2. Beitritts- und Austrittsverträge	224
3. Sonstige Vorschriften	224
II. Vertragskonkurrenz	225
III. Ungeschriebenes Primärrecht	225
IV. Die Rechtshandlungen der Organe	228
1. Überblick	228
2. Verordnungen	229
3. Richtlinien	230
4. Beschlüsse	233
5. Empfehlungen und Stellungnahmen	234
6. Sonstige Rechtshandlungen	235

V.	Rechtsakte der Gesamtheit der Mitgliedstaaten	237
1.	Zuordnung	237
2.	Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten	237
3.	Übereinkommen europäischen Charakters	238
VI.	Normenhierarchie	238
C.	Wirkung des Unionsrechts	240
I.	Überblick	240
II.	Wirkung des Primärrechts	241
III.	Wirkung des abgeleiteten Unionsrechts	242
IV.	Die unmittelbare Wirkung im Verhältnis zwischen Privatpersonen („Drittwirkung“ des Unionsrechts)	244
D.	Übergangsregelung für besondere Rechtsakte der GASP und der PJZS	246
E.	Fazit	247
F.	Literatur	247
§ 7	Rechtsetzungsverfahren	249
A.	Grundzüge	249
B.	Rechtsetzung zur Ausführung der Verträge	250
I.	Überblick	250
II.	Inhaltliche und verfahrensmäßige Vorgaben	250
III.	Rechtsgrundlage	250
IV.	Initiativrechte	251
V.	Anhörungen	252
1.	Anhörungen des EP	252
2.	Anhörung sonstiger Organe und Hilfsorgane	253
3.	Anhörung der mitgliedstaatlichen Parlamente	253
4.	Experten und staatliche Beamte, Sozialpartner	253
VI.	Beschlussfassung	254
1.	Überblick	254
2.	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	254
3.	Besondere Verfahren	256
a)	Überblick	256
b)	Verfahren der Zustimmung	257
c)	Besondere haushaltsrechtliche Verfahren	257
4.	Verfahren im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik	258
5.	Verfahren zum Erlass delegierter Rechtsakte und von Durchführungsrecht	259
a)	Delegierte Rechtsakte	259
b)	Durchführungsrecht	260
C.	Allgemeine verfassungsrechtliche Verfahren	261
I.	Vertragsänderung gemäß dem ordentlichen Verfahren (Art. 48 Abs. 2–5 EUV)	261
II.	Vereinfachte Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 6, 7 EUV)	262
III.	Beitritt neuer Mitgliedstaaten	263
D.	Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten, „Verstärkte Zusammenarbeit“, Austritt aus der Union (besondere verfassungsrechtliche Verfahren)	263
I.	Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	264

Inhalt

II.	Verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten	265
III.	Austritt	265
E.	Form und Inkrafttreten von Rechtsakten	266
I.	Normenqualität, Gesetzgebungstechnik	266
II.	Begründung der Akte	267
III.	Öffentlichkeit der Rechtsetzungsverfahren, Veröffentlichung und Inkrafttreten der Rechtsakte, zeitliche Wirkung	268
IV.	Sprachen	269
V.	Änderung oder Berichtigung der Rechtsakte	269
F.	Ausblick	270
G.	Literatur	270
§ 8	Angleichung der Rechtsordnungen	272
A.	Grundlagen	272
B.	Grundsätze und Ziele	273
I.	Grundsätze der Rechtsangleichung	273
II.	Ziele der Rechtsangleichung	275
C.	Rechtsgrundlagen und Methoden	277
I.	Handlungsermächtigungen der Union	277
1.	Allgemeine Angleichungsermächtigungen (Art. 114–118 AEUV)	277
a)	Allgemeine Angleichungsermächtigung für den Binnenmarkt (Art. 114 AEUV)	277
b)	Auffangermächtigung (Art. 115 AEUV)	280
c)	Beseitigung und Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV)	281
d)	Schaffung von Rechtstiteln im Bereich des geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV)	282
2.	Sonstige Handlungsermächtigungen	282
II.	Vertragsschließungskompetenz der Mitgliedstaaten	283
III.	Methoden der Rechtsangleichung	283
D.	Literatur	284
§ 9	Rechtsanwendung und Europäisches Verwaltungsrecht	286
A.	Grundlagen und Überblick	286
B.	Direkter Vollzug	289
C.	Indirekter Vollzug	292
D.	Gemischter Vollzug	301
E.	Literatur	302
§ 10	Rechtsschutzsystem	304
A.	Grundlagen	304
B.	Strukturmerkmale des Rechtsschutzes in der EU und der Rechtsprechung des EuGH	305
I.	Zuständigkeiten, Charakteristika und Funktionen des EuGH	305
II.	Bedeutung des EuGH für die Entwicklung des Unionsrechts	307
III.	Die Rolle der staatlichen Gerichte	309
IV.	Auslegung des Unionsrechts	311
1.	Grundlagen	311

2. Auslegungsmethoden	312
a) Wortlaut	312
b) Historische Auslegung	313
c) Systematische Auslegung	313
d) Teleologische Auslegung	314
e) Präjudizien als Auslegungsgrundsätze	315
C. Verfahrensarten	315
I. Überblick	315
II. Vertragsverletzungsverfahren	317
1. Zulässigkeit	317
2. Begründetheit	320
3. Wirkungen des Urteils	322
4. Verhängung finanzieller Sanktionen	322
III. Nichtigkeitsklage	325
1. Zulässigkeit	325
a) Passivlegitimation	325
b) Klagegegenstand	326
c) Aktivlegitimation	327
aa) Organe und Mitgliedstaaten	327
bb) Natürliche und juristische Personen	328
d) Klagegründe und Frist	334
2. Begründetheit	334
3. Wirkungen des Urteils	335
IV. Untätigkeitsklage	335
1. Zulässigkeit	335
2. Begründetheit und Wirkungen des Urteils	337
V. Inzidentes Normenkontrollverfahren	337
VI. Schadensersatzklage	338
1. Zulässigkeit	339
2. Begründetheit	340
VII. Gutachten	345
VIII. Vorabentscheidungsverfahren	345
1. Zulässigkeit der Vorlage	348
a) Die vorlageberechtigten und -verpflichteten Spruchkörper	348
b) Gegenstand der Vorlage	351
c) Erforderlichkeit der Vorlage	354
2. Wirkung der Urteile des EuGH	358
D. Der Ablauf des Verfahrens vor dem EuGH und dem EuG – ein Überblick	360
E. Schlussbemerkung: der EuGH als Ort der „strategischen Prozessführung“?	364
F. Literatur	365
I. Auslegung	365
II. Rolle des EuGH	365
III. EuGH – Rechtsschutz und Verfahren allgemein	366
IV. Vorabentscheidungsverfahren	366
V. EuGH – Sonstige Verfahrensarten und -aspekte	367
VI. Verhältnis zu anderen internationalen Gerichtsbarkeiten und Autonomie der Unionsgerichtsbarkeit	367

Inhalt

Teil B Grundfreiheiten

§ 11 Allgemeine Prinzipien des Binnenmarkts und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	369
A. Grundlagen	369
B. Das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit	371
C. Allgemeine Prinzipien der Grundfreiheiten	377
I. Schutzbereich	377
1. Der grenzüberschreitende Bezug	377
2. Fehlende gesetzliche Regelung	380
II. Eingriff	380
III. Rechtfertigung	381
IV. Zur Konvergenz der Grundfreiheiten	383
D. Literatur	387
I. Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	387
II. Dogmatik der Grundfreiheiten	388
§ 12 Freier Warenverkehr	390
A. Überblick	390
B. Anwendungsbereich der Vorschriften	391
C. Zollunion	393
I. Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung	393
II. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	395
D. Das Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung	397
I. Grundlagen	397
II. Einfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 AEUV)	400
1. Mengenmäßige Beschränkungen	400
2. Maßnahmen gleicher Wirkung	400
3. Rechtfertigung der Beschränkung	409
a) Rechtfertigungsgründe	410
b) Verhältnismäßigkeit	413
4. Prüfungsschema	419
III. Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 35 AEUV)	419
E. Umformung staatlicher Handelsmonopole	421
F. Literatur	423
§ 13 Arbeitnehmerfreizügigkeit	424
A. Überblick	424
B. Anwendungsbereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit	425
I. In persönlicher Hinsicht	425
II. In sachlicher Hinsicht	430
III. In räumlicher Hinsicht	431
C. Tragweite der Arbeitnehmerfreizügigkeit	432
I. Primärrechtliche Grundlagen	432
1. Tatbestand des Art. 45 AEUV	432

Inhalt

2. Rechtfertigung von Beschränkungen	436
a) Ausdrückliche Schranken	436
b) Ungeschriebene Schranken	438
II. Sekundärrechtliche Präzisierungen und Ausgestaltungen	440
D. Vom freien Personenverkehr zum europäischen Bürgerrecht	449
E. Literatur	450
I. Allgemeines	450
II. Soziale Sicherheit	451
§ 14 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	452
A. Überblick	452
B. Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	452
I. Vertragliche Grundlagen	452
II. Inhalt der Niederlassungsfreiheit	453
III. Inhalt der Dienstleistungsfreiheit	456
IV. Stand der Marköffnung	460
C. Literatur	463
§ 15 Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	465
A. Grundlagen	465
B. Freier Kapitalverkehr	465
I. Die Regelung des AEUV	465
II. Der Stand der Verwirklichung der Kapitalverkehrsfreiheit	468
C. Freier Zahlungsverkehr	469
D. Schaffung eines europäischen Finanzraums	470
I. Wertpapier- und Börsenrecht	471
II. Bankrecht	472
III. Schutz der Verbraucher	473
IV. Versicherungen	473
V. Ausblick	474
E. Literatur	474

Teil C Politikbereiche

§ 16 Wettbewerbspolitik	476
A. Grundlagen	476
B. Der Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln	478
I. Sachlicher Anwendungsbereich	478
1. Landwirtschaft	478
2. Verkehr	478
II. Territorialer Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln	479
III. Das Verhältnis zwischen europäischem und nationalem Wettbewerbsrecht	480
C. Das Kartellverbot	482
I. Allgemeines	482
II. Verbotstatbestand (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	482
1. Adressaten des Kartellverbots	482

Inhalt

2. Handlung	482
3. Wettbewerbsbeschränkung	484
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	485
5. Spürbarkeit	485
III. Rechtsfolgen des Kartellverbots (Art. 101 Abs. 2 AEUV)	486
IV. Freistellung vom Kartellverbot (Art. 101 Abs. 3 AEUV)	487
1. Voraussetzungen	487
2. Unmittelbare Anwendung	487
3. Gruppenweise Freistellung	488
D. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	488
1. Allgemeines	488
II. Tatbestand des Art. 102 AEUV	489
1. Begriff der beherrschenden Stellung	489
2. Relevanter Markt	490
3. Missbräuchliche Ausnutzung	491
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	493
III. Rechtsfolgen	493
E. Das Verfahren in Kartell- und Missbrauchsfällen	493
1. Verfahren bei der Kommission	493
II. Zusammenarbeit von Behörden und Gerichten	495
F. Fusionskontrolle	496
1. Allgemeines	496
II. Anwendungsbereich	497
III. Materieller Prüfungsmaßstab	498
IV. Fusionskontrollverfahren	500
G. Öffentliche Unternehmen und Unternehmen mit besonderen Rechten	501
H. Literatur	504
§ 17 Staatliche Beihilfen	505
A. Grundlagen	505
B. Das Beihilfeverbot	506
1. Begriff der Beihilfe	507
II. Wettbewerbsverfälschung	509
III. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	510
IV. Spürbarkeit	510
C. Ausnahmen vom Beihilfeverbot (Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV)	511
1. Die Legalausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 2 AEUV	511
II. Die Ermessensausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV	512
D. Verfahren bei der Überprüfung staatlicher Beihilfen	514
1. Überprüfung von Beihilfen und Beihilferegelungen	514
II. Gruppenfreistellungsverordnungen	518
E. Perspektiven	518
F. Literatur	519
§ 18 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	520
A. Grundlagen	520
B. Die vertragliche Regelung	520
1. Sachlicher Anwendungsbereich der Zusammenarbeit	520

Inhalt

II. Instrumente und Verfahren, Rechtsschutz	521
C. Stand der Verwirklichung des europäischen Rechtsraums in Zivilsachen	522
D. Perspektiven	524
E. Literatur	525
§ 19 Strafrecht, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	526
A. Grundlagen	526
B. Entwicklung	527
C. Verwirklichung der Zusammenarbeit	528
I. Programme	528
II. Rechtsetzung	528
1. Durchsetzung des Rechts der EU und Schutz ihrer finanziellen Interessen	528
2. Gegenseitige Anerkennung und Angleichung des Strafrechts	529
III. Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit	532
1. Justizielle Zusammenarbeit (Eurojust, EUStA, Justizielles Netz)	532
2. Polizeiliche Zusammenarbeit	533
D. Perspektiven	535
E. Literatur	536
§ 20 Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik	537
A. Grundlagen	537
I. Überblick	537
II. Befugnisse	539
III. Sonderregelungen für Irland und Dänemark	539
B. Entwicklung	541
C. Zum Stand des Sekundärrechts	543
I. Grenzkontrollen	544
II. Einwanderung	547
III. Asylrecht	550
D. Das Recht der Union unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise 2015	554
E. Literatur	555
§ 21 Gesellschafts- und Unternehmensrecht	557
A. Grundlagen	557
B. Angleichung des Gesellschaftsrechts in den Mitgliedstaaten	557
C. Einführung europäischer Gesellschaftsformen	559
I. Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	560
II. Europäische Aktiengesellschaft	560
III. Die europäische Genossenschaft	561
IV. Weitere Gesellschaftsformen	561
D. Unternehmensstruktur und Mitbestimmung der Arbeitnehmer	562
E. Aktuelle Schwerpunkte	563
F. Literatur	563
§ 22 Steuerrecht	565
A. Grundlagen	565

Inhalt

B. Das Verbot steuerlicher Diskriminierung	566
I. Verbot diskriminierender innerstaatlicher Abgaben (Art. 110 AEUV)	566
1. Allgemeines	566
2. Tatbestände des Art. 110 AEUV	567
3. Verhältnis zu anderen Vorschriften des AEUV	569
II. Verbot überhöhter Rückvergütung inländischer Abgaben (Art. 111 und 112 AEUV)	569
C. Harmonisierung der indirekten Steuern	570
I. Allgemeines	570
II. Umsatzsteuern	570
III. Verbrauchsteuern	571
IV. Kapitalverkehrs- und Versicherungssteuern	572
D. Harmonisierung direkter Steuern	572
E. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen	574
F. Doppelbesteuerungsabkommen	575
G. EU-Steuern	575
H. Ausblick	575
I. Literatur	576
 § 23 Urheberrecht und Gewerblicher Rechtsschutz	 577
A. Grundlagen	577
B. Stand der Harmonisierung	578
I. Patentrecht	578
II. Markenrecht, Designrecht	580
III. Urheberrecht	581
C. Literatur	582
 § 24 Wirtschafts- und Währungsunion	 583
A. Einführung	583
B. Allgemeine Wirtschaftspolitik	583
I. Begriff und vertragliche Grundlagen	583
II. Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Rahmen der WWU	585
III. Einhaltung der Haushaltsdisziplin	586
IV. Gegenseitiger (finanzieller) Beistand	589
V. Außervertragliche Instrumente zur Finanzhilfe	590
C. Währungspolitik	591
I. Vorbemerkung	591
II. Vorgeschichte der Währungsunion	592
III. Rechtsgrundlagen	593
IV. Ausführung der Währungspolitik	595
D. Perspektiven	597
E. Literatur	598
 § 25 Sozialpolitik und Arbeitsrecht	 600
A. Grundlagen	600
B. Sozialpolitik	601
I. Überblick	601
II. Rechtsgrundlagen	603

Inhalt

III. Stand der Sozialpolitik in der Union	606
1. Die sozialpolitischen Aktionsprogramme	606
2. Zum Stand des Sekundärrechts	607
a) Arbeitsrecht	607
b) Soziale Sicherheit	615
c) Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz	616
d) Bewertung	617
C. Gleichbehandlung von Mann und Frau	617
I. Der Grundsatz des gleichen Entgelts (Art. 157 Abs. 1 AEUV)	617
II. Der allgemeine Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau	620
III. Konkretisierung und Erweiterung des Gebots der Gleichbehandlung durch Sekundärrecht	620
IV. Zu „positiven Maßnahmen“	623
D. Der Europäische Sozialfonds	624
E. Titel IX AEUV „Beschäftigung“	624
F. Fazit und Perspektiven	626
G. Literatur	626
I. Sozialrecht	626
II. Arbeitsrecht	627
III. Gleichstellung	628
IV. Beschäftigung	628
§ 26 Landwirtschafts- und Fischereipolitik	629
A. Grundlagen	629
B. Vertragliche Regelung	630
I. Überblick	630
II. Ziele, Mittel, Methoden	631
III. Marktordnungen	632
C. Anwendung des Vertrages im Bereich Landwirtschaft	633
I. Marktordnungspolitik	633
II. Preissysteme	634
III. Direkte Subventionen und Agrarstrukturpolitik	635
IV. Maßnahmen mit mehrfacher Zielsetzung	636
V. Zulässigkeit staatlicher Regelungen im Agrarbereich	636
D. Fischereipolitik	637
I. Grundlagen	637
II. Vertragsausführung	637
1. Bewirtschaftung der Ressourcen	637
2. Vermarktungs- und Strukturregeln	638
3. Außenbeziehungen	638
E. Probleme und Entwicklungstendenzen von Landwirtschafts- und Fischereipolitik	639
F. Literatur	640
§ 27 Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	641
A. Grundlagen, Befugnisse	641
B. Vertragsanwendung allgemein	644

Inhalt

C. Eisenbahnverkehr	645
D. Straßenverkehr	646
E. Binnenschifffahrt	648
F. Seeverkehr	649
G. Luftverkehr	651
H. Transeuropäische Netze	653
I. Ausblick	654
J. Literatur	655
§ 28 Energiepolitik	656
A. Grundlagen	656
B. Entwicklung	657
C. Verwirklichung einer EU-Energiepolitik	659
I. Allgemeine Orientierungen	659
II. Sektorale Maßnahmen	663
1. Verbrauchseinsparung und erneuerbare Energiequellen	663
2. Marktöffnung für Kohlenwasserstoffe und Elektrizität	664
3. Versorgungssicherheit	665
4. Kernenergie	666
5. Zusammenarbeit der staatlichen Energieregulierungsbehörden	666
6. Internationale Zusammenarbeit	667
7. Zusammenfassung	667
D. Literatur	668
§ 29 Industrie	669
A. Grundlagen	669
B. Entwicklung und Maßgaben der Vertragsanwendung	670
C. Literatur	673
§ 30 Struktur- und Kohäsionspolitik	675
A. Grundlagen und Befugnisse	675
B. Anwendung des Vertrages	677
C. Bewertung	681
D. Literatur	681
§ 31 Forschung, Technologie und Raumfahrt	683
A. Grundlagen, Zuständigkeiten	683
B. Vertragsanwendung	685
C. Literatur	688
§ 32 Bildung, Kultur und Sport	689
A. Grundlagen	689
B. Entwicklung	691
C. Vertragsanwendung auf dem Gebiet der Bildung	692
D. Vertragsanwendung auf dem Gebiet der Kultur	694
E. Sport	696
F. Literatur	697

§ 33 Datenwirtschaft, Datenschutz und Telekommunikation	698
A. Datenwirtschaft	698
I. Grundlagen	698
II. Vertragsanwendung	698
B. Europäischer Datenschutz	700
I. Grundlagen	700
II. Vertragsanwendung	700
1. Datenschutz-Grundverordnung	700
2. Bereichsspezifischer Datenschutz	701
3. Datenschutz bei den Organen und Einrichtungen der Union	702
C. Telekommunikation	702
I. Grundlagen	702
II. Stand der Telekommunikationspolitik	703
1. Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste	703
2. Telekommunikationsgeräte	705
3. Ergänzende Maßnahmen	705
D. Literatur	706
I. Datenwirtschaft, Datenschutz	706
II. Telekommunikation	706
§ 34 Verbraucherschutz und Gesundheitswesen	708
A. Verbraucherschutz	708
I. Grundlagen und Befugnisse	708
1. Rechtsgrundlagen	708
2. Begriffliches	710
3. Entwicklung	711
II. Stand der Verbraucherpolitik	712
1. Planung und finanzielle Unterstützung	712
2. Zum Stand des Sekundärrechts	713
III. Fazit	720
B. Gesundheitswesen	721
I. Grundlagen und Befugnisse	721
II. Durchführung der Gesundheitspolitik der Union	723
III. Fazit	726
C. Literatur	726
I. Verbraucherschutz	726
II. Gesundheitswesen	727
§ 35 Umwelt und Klima	729
A. Grundlagen, Befugnisse	729
I. Rechtsgrundlagen	729
II. Inhaltliche Vorgaben	731
III. Entwicklung	733
B. Zum Stand der Umweltpolitik	734
I. Die umweltpolitischen Aktionsprogramme	734
II. Zum Stand des Sekundärrechts	735
1. Allgemeine Regelungen	735
2. Medienschützendes Umweltrecht	739

Inhalt

3. Schutz vor bestimmten Tätigkeiten oder Stoffen	741
4. Bewirtschaftung und Umweltressourcen	742
5. Klimaschutz	743
C. Verbleibende Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten	746
I. Art. 114 Abs. 4–6 AEUV	747
II. Art. 193 AEUV	750
D. Herausforderungen der Umweltpolitik der Union	751
E. Literatur	753

Teil D Außenbeziehungen

§ 36 Grundlagen und Verfahren der Außenbeziehungen	754
A. Grundzüge	754
B. Stellung der EU im Völkerrecht	756
I. Rechtsfähigkeit der EU	756
II. Beziehungen zu dritten Staaten und internationalen Organisationen – Rechtsgrundlagen	757
III. Völkerrechtliche Pflichten der EU	758
1. Allgemeines Völkerrecht	758
2. Bindungen der Union an Verträge der Mitgliedstaaten	759
C. Die Befugnisse zum Abschluss internationaler Verträge	760
I. Die Vertragsschlusskompetenz der Union	760
1. Umfang der Vertragsschlusskompetenz	760
2. Art der Vertragsschlusskompetenz	761
3. Vertragsschlussverfahren	763
a) Verfahren im EU-Bereich	763
b) Verfahren im EAG-Bereich	765
4. Gemischte Abkommen	765
II. Wirkungen der von der Union geschlossenen Verträge	767
D. Literatur	769
§ 37 Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	770
A. Die gemeinsame Handelspolitik	770
I. Grundlagen	770
1. AEU-Vertrag	770
2. EAG-Vertrag	771
3. Leitlinien und Ziele der gemeinsamen Handelspolitik	771
II. Umfang der gemeinsamen Handelspolitik	772
1. Gegenständlicher Umfang	772
2. Handelspolitische Befugnisse der Mitgliedstaaten	775
III. Instrumente der gemeinsamen Handelspolitik	775
1. Autonome Maßnahmen	775
2. Vertragliche Handelsbeziehungen	777
3. Koordinierung der mitgliedstaatlichen Instrumente	779
B. Assoziierung	779
I. Grundlagen	779
II. „Konstitutionelle“ Assoziierung	780

Inhalt

III. Assoziierung gemäß Art. 217 AEUV, 206 EAGV	781
IV. Ausgestaltung der Assoziierungsabkommen	781
C. Entwicklungspolitik	783
I. Grundlagen	783
II. Entwicklungsassoziierungen und Kooperationsabkommen	785
1. Das AKP-Abkommen	785
2. Sonstige Assoziierungs- und Kooperationsabkommen	786
3. Globale Entwicklungspolitik	787
D. Ausblick	787
E. Literatur	788
I. Außenwirtschaftspolitik	788
II. Entwicklungspolitik	788
§ 38 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	790
A. Grundlagen	790
B. Gegenstand der „Außen- und Sicherheitspolitik“	793
C. Entwicklung	794
D. Vertragsanwendung	795
I. Modalitäten der GASP und institutionelle Regelungen	795
II. Geografische und sektorielle Aktionen	796
III. Restriktive Maßnahmen	797
IV. Abkommen mit Drittstaaten und internationalen Organisationen	798
V. Militärische Aktionen und Maßnahmen im Rahmen GSVP	799
VI. Positionsbestimmung von EU und ihren Mitgliedstaaten in internationalen Organisationen und bei multilateralen Verhandlungen	800
E. Ausblick	800
F. Literatur	801
§ 39 Europäische Nachbarschaftsbeziehungen und Erweiterung der Union	803
A. Einführung	803
B. Erweiterungen und „Beitrittspartnerschaften“	805
C. Multilaterale Partnerschaften	807
I. Der Europäische Wirtschaftsraum	807
II. Europäischer Luftraum, Verkehrsgemeinschaft	808
III. Europäische Energiegemeinschaft	808
IV. „Mittelmeer-Partnerschaft“	808
D. Besondere bilaterale Beziehungen zu europäischen Staaten und darüber hinaus	810
E. Europäische und internationale Organisationen	814
F. Fazit	815
G. Literatur	815
 Teil E Perspektiven	
§ 40 Ausblick	817
A. Die Union als Entwicklungsprozess	817

Inhalt

B. Konkretisierung des Europäischen Verfassungsraums, Festigung des unionsspezifischen Wertesystems	823
I. Rechtsgemeinschaft als Wertegemeinschaft	823
II. Minderung vertragsinterner Widersprüche	825
III. Erprobung des Modells der „verstärkten Zusammenarbeit“	826
IV. Verbesserung des Systems der Vertragsänderung	826
V. Neubestimmung des Konzepts der Erweiterung	827
C. Internationalisierung	828
D. Quo Vadis, Europa? – Die aktuelle Zukunftsagenda	830
E. Literatur	833
I. Renationalisierung, Resilienz und Integration	833
II. Strategische Autonomie, Handels- und Sicherheitspolitik	834
III. Zukunft und Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union, Werte und Interessen	834
Quellen- und Literaturhinweise	837
Stichwortverzeichnis	841

Teil A Grundlagen

§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration

A. Überblick

Ein „immer engerer“ Zusammenschluss (frz. *„une union sans cesse plus étroite“*;¹ heute Art. 1 Abs. 2 EUV: „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“) war das erklärte Ziel der sechs Gründerstaaten der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl** (EGKS, 1952), der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** (EWG, 1957) und der **Europäischen Atomgemeinschaft** (EAG oder Euratom, 1957). Seit Abschluss des Vertrages über die Europäische Union (EU, 1992) wird die aus den vertraglichen Verknüpfungen der heute 27 Mitgliedstaaten erwachsene Rechtsordnung „Europäische Union“ genannt. Die Union trat durch den **Vertrag von Lissabon** vom 13.12.2007² (Rn. 30) an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft (Rn. 14 ff.). Die EAG dauert selbstständig fort, die EGKS ist 2002 durch Zeitablauf erloschen.

1

Die Europäische Union bleibt das bisher herausragendste Ergebnis eines fortschreitenden staatenübergreifenden Integrationsprozesses.³ Als Antwort auf die Erschütterungen zweier Weltkriege strebt er einen Zusammenschluss der europäischen Staaten und Völker in einer organisatorisch gefestigten, Frieden, Sicherheit und Wohlstand sichernden Einheit an.⁴ Diese Einheit ist das bisher erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte Europas, sein dauerhafter Erfolg darf keinesfalls für selbstverständlich genommen werden. Daran sei gerade angesichts des russischen Angriffskriegs erinnert, auch angesichts der Auseinandersetzung zwischen den USA und Israel auf der einen, dem Iran auf der anderen Seite. Diese geopolitischen Verwerfungen erschüttern Grundlagen des Völkerrechts, stellen die Errungenschaften einer liberalen, regelbasierten internationalen Ordnung infrage und fordern zugleich die europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur mehr denn je heraus. Wie in ihren Gründerjahren steht die Union darum heute in besonderer Verantwortung, Frieden in Freiheit und Sicherheit zu gestalten und für Rechtsbefolgung respektive Rechtssicherung in den internationalen Beziehungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreten. Das wird freilich durch multiple ineinandergreifende Krisen und deren rasante Dynamik maßgeblich erschwert.⁵ Zu diesen Krisen rechnen insbesondere der Klimawandel, die Flüchtlingsschutzkrise, die Staatsschuldenkrise, die COVID-19-Pandemie, eine erst allmählich wieder abflachende Inflation sowie die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine seit Februar 2022, der sich (möglicherweise) eine nächste infolge der Angriffe Israels und der USA auf den Iran (Februar 2026) anschließt. Die Situation im Nahen Osten bleibt seit dem Überfall der Hamas auf Israel im Oktober 2023 insgesamt denkbar instabil. All diese Entwicklungen lassen den Konsens über die Gelingensbedingungen politischer Gemeinschaftsbildung zunehmend fragiler werden und befördern eine wachsende Skepsis gegenüber sog. „globalen Eliten“.

1 Vgl. Präambel des EWG (später: EG)-Vertrages vom 25.3.1957.

2 ABl. C 306/2007, 1.

3 Kotzur, Um der Freiheit willen (F), 49 ff.

4 Siehe insbesondere Abschnitt C. Zur Geschichte der Integration auch: van Meurs u.a., Die Unvollendete (F); Clemens, Geschichte (F).

5 Häberle, Fünf Krisen (F), 411 ff.; Häberle/Kotzur, Pandemie (F), 132 ff.

§ 1 Teil A Grundlagen

Angesichts solch komplexer Aufgaben kann der erreichte Integrationsgrad ermutigen: Heute sind die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme der Mitgliedstaaten so eng verzahnt, dass von einem unionales und mitgliedstaatliches Recht einbindenden *Verfassungsverbund* gesprochen werden kann.⁶ Im Jahre 2012 wurde der solchermaßen konstitutionell verdichteten Union der **Friedensnobelpreis** mit der Begründung verliehen, sie und ihre Vorgänger hätten während sechs Jahrzehnten zur Stärkung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten maßgeblich beigetragen.⁷ 14 Jahre später ist dieses Friedensvermächtnis von bleibender Aktualität.

- 2 Der Prozess zur Entwicklung einer neuartigen Integrationsform ist indes **nicht abgeschlossen** („offene Finalität“).⁸ Der EUV errichtete 1992 eine **Wirtschafts- und Währungsunion**, ermöglichte eine **gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** sowie eine Zusammenarbeit in den Bereichen **Justiz und Innenpolitik** („Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“). Der **Vertrag von Amsterdam** (1997) verstärkte die rechtsstaatlichen und demokratischen Grundlagen der Union.⁹ Der Vorbereitung auf die Erweiterungen um Staaten Ost- und Mitteleuropas in den Jahren 2004 und 2007 diente die Vertragsreform des Jahres 2001 (**Vertrag von Nizza**).¹⁰ Eine Ordnung und Festigung der Gesamtheit der Ergebnisse des Integrationsprozesses sollte die **Europäische Verfassung** bewirken. Sie wurde am 29.10.2004 unterzeichnet.¹¹ Wegen ablehnender Referenden in Frankreich und den Niederlanden konnte sie nie in Kraft treten. Ihre wesentliche Substanz wurde jedoch in den seit dem 1.12.2009 wirksamen **Vertrag von Lissabon** (Rn. 30) übertragen.¹² Künftig anstehende Erweiterungen werden wohl neuerliche Vertragsreformen (etwa im Hinblick auf Mehrheitsentscheidungen) und institutionelle Anpassungen erforderlich machen.
- 3 Form und Inhalt der Europäischen Union resultieren aus der schrittweisen Annäherung an konkrete vertraglich bezeichnete Ziele (vgl. Art. 3 EUV: z. B. **Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion**) bei gleichzeitiger Entfaltung und Stärkung eines **übergreifenden Wertesystems** (vgl. Art. 2 EUV: **gemeinsames Handeln, solidarisches Verhalten, Demokratie, Menschenrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit** u. a.) der europäischen Völker.¹³
- 4 Die – keineswegs durchgängig widerspruchsfreien – Zielsetzungen der Verträge (s. Art. 3 EUV) verdeutlichen, dass der Integrationsprozess **nicht als die Annäherung an ein räumlich bzw. strukturell fixiertes Organisationsmodell** verstanden werden darf. Insbesondere bildet die **Errichtung einer neuen Variante des Nationalstaates kein Ziel** der Integration. Die Integrationsidee erwuchs vielmehr aus der Erkenntnis des Versagens und der Risiken nationalstaatlicher Isolierung und Verabsolutierung. Dabei beendet der Integrationsprozess nicht die Existenz der Staaten, sondern baut auf ihr auf. Was die Integration indes schon von ihrer Logik her dauerhaft beseitigt, ist der Anspruch der Staaten,

6 Pernice, Der Europäische Verfassungsverbund, 2020, vorher schon *ders.*, VVDStRL 60 (F), 148 ff.; Bieber, Verfassungsstaat (F) 97 ff. s. nachfolgend § 3 Rn. 36.

7 <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/2012/summary/>.

8 Vgl. Art. 1 EUV: „Dieser Vertrag stellt eine **neue Stufe** bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar“.

9 ABl. C 340/1997, 1.

10 ABl. C 80/2001, 1.

11 ABl. C 310/2004, 1.

12 ABl. C 306/2007, 1.

13 Dazu näher § 3 Rn. 12ff.

exklusiv den Willen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu artikulieren und ihre Interessen zu wahren. Die vormals geschlossene wandelt sich in eine „offene Staatlichkeit“.¹⁴

Die Europäische Union bildet eine **Rechtsgemeinschaft**.¹⁵ Sie beruht, auch wenn sie zwischenzeitlich stärker politischen Integrationsimpulsen folgt, im Wesentlichen auf dem Konzept einer regelbasierten Ordnung und ist in ihrem Handeln auf diese angewiesen. Die Integration durch Recht vergrößert aber auch den Bedarf, bei den betroffenen Völkern respektive ihren Bürgerinnen und Bürgern Zustimmung für und Vertrauen in das (rechtliche) Handeln der Union zu gewinnen. Mit wachsenden Aufgaben wird daher die demokratische **Legitimation** und **rechtsstaatliche Rückbindung** zu einem zentralen Problem des Einigungsprozesses.

B. Zum Entstehen der Europäischen Idee

I. Der Europagedanke und seine Verwirklichung bis 1914

Der Gedanke eines Zusammenschlusses i.S. der politischen Einheitsbildung bildet einen festen Bestandteil der europäischen Ideengeschichte. Dabei ging es nicht nur um die Abwehr äußerer Gefahren (z. B. der türkischen Feldzüge), sondern auch um die Schaffung innerer Sicherheit.

Bereits im 18. Jahrhundert wurden weitreichende Verfassungsmodelle entworfen. Der während der Utrechter Friedensverhandlungen 1713 veröffentlichte Plan des *Abbé de Saint Pierre* „Mémoire pour rendre la paix perpétuelle en Europe“ sah zur Bewahrung des europäischen Machtgleichgewichts ein ständiges Bündnis der Fürsten vor. Dessen Einhaltung sollte durch einen mit legislativen und exekutiven Befugnissen ausgestatteten „Europäischen Senat“ überwacht werden.¹⁶

Auch *Kant* hat in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ die Föderation der europäischen Staaten als Mittel der Friedenssicherung vorgeschlagen.¹⁷ Die europäischen Staaten sollten danach als Endziel in einer republikanisch verfassten, gemeinsamem Recht unterworfenen Gemeinschaft verbunden sein. Als Etappe hierzu schlug *Kant* ein freiwilliges und widerrufliches Staatenbündnis vor. Seine Idee der *europäischen Republik* bleibt bis heute wirkungsmächtig.¹⁸

Das 19. Jahrhundert brachte mit der politischen Neuordnung Europas und der beginnenden Industrialisierung ganz neue Denkansätze hervor. Eine Integration Europas sollte weniger durch Einschränkungen staatlicher Souveränität als vielmehr durch die Zusammenarbeit der – auf europäischer Ebene in einer Kammer eines „Parlaments“ zusammengeordneten – Berufsverbände gefördert werden. Integrationsziel war die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.¹⁹

Mag die Integrationsidee lange Zeit eher ein Ideal oder eine Utopie gewesen sein: Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzende Internationalisierung des

14 Wegweisend *Vogel*, Die Verfassungsentscheidung des Grundgesetzes für eine internationale Zusammenarbeit, 1964.

15 Sie ist, so der erste Kommissionspräsident *Hallstein*, „Geschöpf des Rechts“, Die Europäische Gemeinschaft (F), 53.

16 Zu einem ähnlichen Plan von *William Penn* (1693): *Nicoll*, RMC 1986, 592.

17 *Kant*, Zum ewigen Frieden, 1795 (Nachdruck 1984).

18 *Von Bogdandy*, Konstitutionalisierung des europäischen öffentlichen Rechts in der europäischen Republik, JZ 2005, 529 ff.

19 Zu den Schriften etwa von *Saint Simon* und *Thierry* siehe *De Rougemont* (F), 201.

Wirtschaftslebens und des Rechtsverkehrs machte sie zu einem praktischen Bedürfnis. Die Staaten schlossen untereinander mehrseitige Übereinkommen auf dem Gebiet des Verkehrswesens, des Post- und Telegrafendienstes, des gewerblichen und künstlerischen Eigentums und des internationalen Privatrechts. Ihrem sektoralen, auf kooperationstechnische Fragen verengten Vereinheitlichungsansatz aber war ein übergreifendes europäisches Integrationsmodell ebenso fremd wie die Vorstellung politischer Vergemeinschaftung.

II. Anstöße zur Einigung Europas nach 1914

- 9 Nach der mit dem Ersten Weltkrieg einhergehenden Erschütterung der europäischen Staatenwelt gewann die Idee einer politischen Einigung Europas neuen Boden. Erstrebt wurde zunächst vor allem eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der weltweiten Organisation des Völkerbundes. Am bekanntesten ist das vom französischen Außenminister *Briand* am 1. Mai 1930 vorgelegte Memorandum über die Errichtung einer Organisation einer europäischen Föderation („Memorandum sur l'organisation d'un régime d'union fédérale européenne“).²⁰ Ebenso betrieben Graf *Coudenhove-Kalergi* und die von ihm gegründete Paneuropäische Bewegung die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“.

Die Nationalsozialisten pervertierten zwischen 1933 und 1945 die europäische Idee, um gesamteuropäische Machtansprüche des faschistischen Deutschlands zu begründen („Das neue Europa“).²¹ Gegner der Nationalsozialisten und Faschisten, z. B. *Altiero Spinelli*, entwarfen zur gleichen Zeit Pläne für eine europäische Einigung auf der Grundlage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit.²² *Winston Churchill* rief angesichts der tiefgreifenden Verwerfungen des Zweiten Weltkriegs in seiner Zürcher Rede vom 19.9.1946 zu einer „Neugründung der europäischen Familie“ auf. Ihr sollte durch eine institutionalisierte Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich der Weg bereitet werden.

- 10 Der Gedanke der „Vereinigten Staaten von Europa“ – freilich beschränkt auf Kontinentaleuropa, das Vereinigte Königreich wollte im „Commonwealth“ seinen eigenen Weg gehen – wurde in der Folgezeit von zahlreichen Organisationen weitergetragen. Diese schlossen sich im Oktober 1948 in der Dachorganisation der „Europäischen Bewegung“ (*Mouvement Européen*) zusammen. Ein wichtiger Erfolg war ihr Einfluss auf die Satzung des 1949 gegründeten **Europarats**.
- 11 1950 entwarf *Jean Monnet* (von 1919 bis 1923 stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes und seit 1946 Leiter des französischen Planungsamtes) den vom französischen Außenminister *Robert Schuman* am 9.5.1950 vorgelegten **Plan für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl**. Monnets Initiative beruhte auf der Sorge um die politische Entwicklung des zweigeteilten Deutschlands während des sich weiter verschärfenden Kalten Krieges zwischen den Weltmächten USA und UdSSR sowie auf dem Wunsch, den westlichen Teil Deutschlands eng an die Staaten Westeuropas zu binden (Westintegration).

20 United Nations Library & Archives Geneva, File R3589/50/19816/19816 – Project of a European Federal Union – Memorandum from the French Government on the organization of a European Federal Union regime – May 1, 1930; *Schneider (F.)*, 115 ff.

21 Nachweise bei *Lipgens* (Hg.), Documents on the History of European Integration, Vol. I (1939–1945), Berlin/New York 1985, 73 ff.

22 *Spinelli, Rossi, Colonna*, Per un Europa libera e unita. Progetto d'un manifesto, 1941 (auch bekannt als Manifest von Ventotene); vgl. auch *Schilmar (F.)*.

Eine Vergemeinschaftung der kriegswichtigen Kohle- und Stahlindustrie erschien als probates Mittel, um die ehemaligen „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich stabilisierend einzuhegen. Für das Gelingen einer solchen Einhegung war maßgeblich, sowohl die Vorkommen des rheinisch-westfälischen wie des lothringischen Industriegebiets zum Nutzen des französischen und deutschen sowie der anderen westeuropäischen Völker einer gemeinsamen supranationalen Verwaltung zu unterstellen. Über die Vergemeinschaftung der Schlüsselindustrien sollte der weiteren europäischen Integration der Weg zu einer, wenn nicht bundesstaatlichen, so jedenfalls an föderalen Strukturen orientierten Entwicklung bereitet werden. Die Zustimmung der jungen Bundesrepublik Deutschland (*Konrad Adenauer*), Italiens (*Alcide De Gasperi*) und der Beneluxstaaten war groß, aber nicht unumstritten.²³ Auch amerikanische Politiker (*Dean Acheson*) förderten das Integrationsprojekt,²⁴ das mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 18.4.1951 erste Realisierung fand.

12

Es war zugleich in einen übergreifenden Integrationsrahmen eingebettet. So verbürgte die im Rahmen des *Europarats* geschlossene Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950 (*EMRK*) erstmals in Europa einen transnationalen Grundrechtsschutz; das GATT (jetzt *WTO*), die *OECD* (früher *OEEC*) und der *IWF* schufen weltweit Grundlagen für freizügigen Handelsverkehr, auf den die exportorientierten europäischen Industriestaaten heute mehr denn je angewiesen sind. Daran ist angesichts der in den letzten Jahren wieder populär werdenden protektionistischen Bestrebungen (etwa die Politik der Strafzölle unter US-Präsident *Donald Trump*, in seiner zweiten Amtszeit als Druckmittel verstärkt nicht nur mit ökonomischen, sondern sicherheitspolitischen Zielsetzungen verknüpft) zu erinnern.

13

Als System kollektiver Sicherheit wurde 1948 die *Westeuropäische Union* errichtet (Gründungsmitglieder: Frankreich, die Beneluxstaaten, das Vereinigte Königreich; nachfolgend Deutschland, Italien, Portugal, Spanien). Ihre verteidigungspolitischen Aufgaben wurden später auf die EU übertragen (§ 38 Rn. 14f.) und die Organisation 2011 aufgelöst. Zudem kooperieren alle Staaten Europas sowie die Vereinigten Staaten und Kanada im Rahmen der 1975 in Helsinki vorbereiteten *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (*OSZE*) in Fragen der Friedenssicherung, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Schutzes der Menschenrechte. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist diese Organisation handlungsunfähig.

C. Zur Entwicklung der Europäischen Union

I. Die Gründungsverträge und ihre Vertiefung

Aufgrund des von *Jean Monnet* und *Robert Schuman* entwickelten Plans wurden 1950 alle westeuropäischen Staaten zu einer Regierungskonferenz eingeladen. Es nahmen jedoch nur Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, die Niederlande sowie die Bundesrepublik Deutschland teil. Die übrigen Staaten fürchteten um ihre Souveränitätsrechte und blieben fern. Das Vereinigte Königreich sah darüber hinaus seine weltpolitische Rolle im Rahmen des Commonwealth gefährdet. Die Regierungskonferenz der sechs

14

23 Die sozialdemokratische Opposition in Deutschland hatte die Vergemeinschaftung in der EGKS zunächst abgelehnt, um nicht die Westintegration der jungen Bundesrepublik von vornherein festzuschreiben, siehe *Bayer*, Wurzeln der Europäischen Union. Visionäre Realpolitik bei der Gründung der Montanunion, 2002.

24 Dazu vor allem *Jean Monnet* (F). Konkrete Spuren des amerikanischen Einflusses finden sich z.B. in den Artikeln des EGKS-Vertrages über Wettbewerbsbeschränkungen. Zur Rolle von *Adenauer* und *de Gasperi* vgl. *Brugmans* (F); vgl. auch *Küsters* (F), 33 ff.

Staaten erarbeitete den **Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl**. Er wurde am 18.4.1951 in Paris unterzeichnet und trat am 23.7.1952 in Kraft.²⁵ Die darin vorgesehenen vier Gemeinschaftsorgane – *Hohe Behörde, Rat, Parlamentarische Versammlung und Gerichtshof* – nahmen im selben Jahr ihre Tätigkeit auf; erster Präsident der Hohen Behörde wurde *Jean Monnet*.

- 15 Zur weiteren Vertiefung der europäischen Integration unterzeichneten die Gründungsstaaten der EGKS – ebenfalls auf französische Initiative – am 27.5.1952 einen **Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft** (EVG). Dieser sollte unter anderem eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland unter internationaler Kontrolle ermöglichen. Art. 38 des EVG-Vertrages übertrug der für die EVG vorgesehenen Parlamentarischen Versammlung die Aufgabe, einen Plan für eine umfassendere Politische Union auszuarbeiten. Noch bevor der EVG-Vertrag ratifiziert wurde, unterbreitete die Versammlung der EGKS nach Aufforderung durch die Vertragsstaaten den Satzungsentwurf für die Gründung einer **Europäischen Politischen Gemeinschaft**.²⁶ Am 30.8.1954 lehnte die französische Nationalversammlung ab, sich mit der Ratifizierung des EVG-Vertrages zu befassen; damit war auch der Europäischen Politischen Gemeinschaft die Grundlage entzogen. Was blieb, war die Hoffnung, aus der wirtschaftlichen möge schrittweise politische Integration erwachsen (sog. „*spill over*“-Effekt).
- 16 1955 unternahmen die Beneluxstaaten einen neuen Anlauf zur Weiterentwicklung der Integration. Sie forderten in einem Memorandum die Verschmelzung der nationalen Volkswirtschaften als Ganzes in einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt. Auf der *Konferenz von Messina* am 1. und 2.6.1955 beauftragten die Regierungen der sechs EGKS-Mitgliedstaaten daraufhin eine Gruppe von Regierungssachverständigen (Vorsitz: der belgische Außenminister *Spaak*) mit der Erarbeitung eines Berichts, der im April 1956 vorgelegt wurde. Er schlug die Errichtung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und einer Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) vor.²⁷ Auf der Grundlage dieses *Spaak-Berichts* wurden die Bestimmungen des EWG-Vertrages und des EAG-Vertrages ausgearbeitet.
- 17 Frankreich, stark interessiert an der friedlichen Nutzung der Kernenergie, setzte sich für die EAG ein, während die Bundesrepublik Deutschland in der EWG und dem darin angelegten Gemeinsamen Markt mit binnenmarktähnlichen Verhältnissen einen großen Vorteil für ihre expandierende Industrie erkannte. Der Abschluss dieser Gemeinschaftsverträge wurde durch die Suez-Krise gefördert, die Europa erstmals die Verletzbarkeit seiner auf Erdöl beruhenden Energieversorgung vor Augen führte. Daran sei erinnert, wenn heute die möglichst weitgehende Unabhängigkeit von Energieressourcen autoritärer Staaten (allen voran Russland) als wesentlicher Resilienzbaustein einer strategisch autonomen Union gilt. Am 25.3.1957 wurden die Verträge in Rom („Römische Verträge“) unterzeichnet und traten am 1.1.1958 in Kraft. Erster Präsident der EWG-Kommission wurde *Walter Hallstein* (bis 1967), erster Präsident der EAG-Kommission *Louis Armand*.
- 18 Für die Errichtung des Gemeinsamen Marktes war eine zwölfjährige Frist vorgesehen, in der die dafür erforderlichen Voraussetzungen – Freizügigkeit der Produktionsfaktoren im

25 BGBl. 1952 II, 448. EUR-Lex: <http://data.europa.eu/eli/treaty/ceca/sign>. Der Vertrag war für eine Dauer von 50 Jahren abgeschlossen worden. Nach Ende dieses Zeitraums im Jahre 2002 lief er zum 23.7.2002 aus. Seine wesentlichen Elemente gingen in dem umfassenden EGV auf, der als Folge der Vertragsreform von Maastricht den ursprünglichen EWGV abgelöst hatte.

26 Abgedruckt bei Schwarze/Bieber (Hg.), Eine Verfassung für Europa, Baden-Baden 1984, 399 ff.

27 Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister vom 21.4.1956, veröffentlicht vom Sekretariat der Regierungskonferenz, <https://www.cvce.eu/s/16y>. Zum Inhalt Küsters (F.).

Inneren, gemeinsamer Zollschatz nach außen – stufenweise geschaffen werden sollten (Art. 8 EWGV). Am Ende der Übergangszeit (31.12.1969) hatte die Rechtsordnung der Gemeinschaft – insbesondere durch den wegweisenden „judicial activism“ des EuGH („**Motor der Integration**“) – eine beachtliche Konsolidierung erfahren. Im Politischen verlief die Entfaltung der Gemeinschaft indes nicht ohne Krisen.²⁹ Deren schwerste war 1965 im Streit um die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik entstanden. Meinungsunterschiede zwischen Frankreich und den übrigen Mitgliedstaaten führten zur „Politik des leeren Stuhls“. Frankreich nahm mehrere Monate lang nicht an den Sitzungen des Rates teil. Diese Krise beendete erst der sog. „Luxemburger Kompromiss“ vom 29.1.1966 (§ 4 Rn. 58).

Kurze Zeit danach trat eine erste größere Vertragsrevision in Kraft, die eine institutionelle Verschmelzung der drei Gemeinschaften – EGKS, EWG und EAG (Euratom) – zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) bewirkte („Fusionsvertrag“ vom 8.4.1965, in Kraft getreten am 1.7.1967).³⁰ In der Folgezeit konsolidierten sich die Finanzverfassung (§ 5 Rn. 4) und die gemeinsame Struktur der drei Gemeinschaften. Der Aufgabenbereich der EWG wurde schrittweise ausgedehnt, nachdem auf der Gipfelkonferenz in Den Haag (1969) neben einer Erweiterung (Rn. 35f.) auch eine Vertiefung beschlossen werden konnte.³¹

II. Die Entwicklung der EG-Verträge zur Verfassung der Europäischen Union

Nach ersten, außerhalb des EWGV angesiedelten Ansätzen zu einer **Koordinierung der Außenpolitik** im Rahmen der europäischen (außen-)politischen Zusammenarbeit (EPZ) (§ 38 Rn. 11) setzte sich allmählich die Einsicht durch, dass ein überwölbendes Dach für den gesamten Integrationsprozess nötig sei.

19

Entsprechend den in der Präambel des EWGV formulierten umfassenden politischen Zielen bekundeten die Staats- und Regierungschefs 1972 in Paris ihre Absicht, die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine **Europäische Union** umzuwandeln. Nach Vorlage eines Berichts des belgischen Ministerpräsidenten *Tindemans* vom 29.12.1975³² verabschiedete der Europäische Rat 1976 Grundlinien, nach denen sich die Europäische Union entwickeln sollte.³³

Am 20.7.1983 beschloss der Europäische Rat eine „**Feierliche Erklärung zur Europäischen Union**“. ³⁴ Darin wurde die Absicht bekräftigt, die Gemeinschaft, die das Kernstück der Europäischen Union bildet, „durch Vertiefung bestehender und die Ausarbeitung neuer politischer Zielsetzungen im Rahmen der Verträge von Paris und Rom“ zu stärken und weiter auszubauen. Das Europäische Parlament schlug 1984 auf Initiative von A. *Spinelli* den Abschluss eines besonderen Vertrages zur Gründung der Europäischen Union vor.³⁵

20

Einen ersten Schritt in diese Richtung bildete die am 28.2.1986 von den zwölf Mitgliedstaaten der EG verabschiedete **Einheitliche Europäische Akte** (EEA). Sie verklammerte

21

28 Dazu Rn. 28 sowie § 3 Rn. 37ff. und § 6 Rn. 56ff.

29 Zum Spannungsverhältnis von Politik und Recht während der EG-Entwicklung *Weiler (F.)*, 10–101.

30 ABl. 152/1967, 2.

31 Schlusskommunique, 3. GB (1969), 527.

32 Bull. EG, Beilage Nr. 1/1976.

33 10. GB (1976), Anlage II.

34 Bull. EG Nr. 6/1983, 26.

35 Abgedruckt bei *Schwarze/Bieber* (Hg.), Eine Verfassung für Europa, Baden-Baden 1984, 317 ff.

§ 1 Teil A Grundlagen

die drei Europäischen Gemeinschaften und die Organisationsform der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, für die sie allerdings eigenständige rechtliche Regelungen traf. Beiden Organisationsformen wurde das Ziel gesetzt, „gemeinsam zu konkreten Fortschritten auf dem Weg zur Europäischen Union beizutragen“ (Art. 1 Abs. 1). Die EEA trat am 1.7.1987 in Kraft.³⁶

22 Im Juni 1988 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft, auf dem Weg zur Europäischen Union fortzuschreiten und betrauten eine Gruppe von Finanz- und Wirtschaftsexperten unter Vorsitz von Kommissionspräsident *Delors* mit der Ausarbeitung eines Planes zur **Wirtschafts- und Währungsunion**. Dieser Plan wurde im Juni 1989 von den Staats- und Regierungschefs gebilligt. Er sah ein schrittweises Vorgehen mit dem Ziel der Schaffung einer einheitlichen Währung vor (§ 24 Rn. 16).

23 Parallel zur Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion arbeitete eine weitere Regierungskonferenz zur Änderung der Gemeinschaftsverträge an Maßnahmen zur Verwirklichung der **Politischen Union**. Auch sollten Zuständigkeiten der Gemeinschaft insbesondere durch Verankerung des **Subsidiaritätsprinzips** (Art. 5 Abs. 3 EUV) in den Verträgen präzisiert, die **Legitimität** des Entscheidungsverfahrens durch Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments erhöht, die **soziale Dimension** der Gemeinschaft vertieft und Ansätze für ein **europäisches Bürgerrecht** (heute Art. 20 ff. AEUV) geschaffen werden. Weiterhin sollte sichergestellt werden, dass die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik stärker als bisher Verantwortung übernehmen und dass die Mitgliedstaaten – insbesondere wegen des vorgesehenen Wegfalls der innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen – in den Bereichen Justiz und Inneres verstärkt zusammenarbeiten. Die Ergebnisse dieser Regierungskonferenz wurden am 10.12.1991 von den Staats- und Regierungschefs ebenfalls gebilligt.

Der sämtliche Änderungen und Ergänzungen der geltenden Verträge und neue Bestimmungen umfassende **Vertrag über die Europäische Union** wurde am 7.2.1992 in Maastricht unterzeichnet.³⁷

24 Durch diesen Vertrag sollte der durch die EEA angekündigte qualitative Sprung zur Europäischen Union vollzogen werden. Die Europäische Union beruhte danach auf den (1) drei Gemeinschaften (die EWG hieß nunmehr „Europäische Gemeinschaft“) einerseits und (2) der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie (3) Innen- und Justizpolitik andererseits. Rasch wurde das Bild einer *Tempelarchitektur* geläufig: Die drei Säulen überwölbte das Dach der Politischen Union.

Das Inkrafttreten des Vertrages verlief indes nicht reibungslos. Am 2.6.1992 lehnten die Dänen die Ratifizierung in einer Volksabstimmung mit knappem Ergebnis ab. Der Europäische Rat beschloss am 12.12.1992 Ausnahmeregelungen im Rahmen der unveränderten Bestimmungen des EUV, die Dänemark im Mai 1993 ein neues Referendum mit positivem Ausgang ermöglichen.³⁸ Die übrigen Mitgliedstaaten, außer dem Vereinigten Königreich und Deutschland, ratifizierten den Vertrag wie vorgesehen zum 31.12.1992; in Frankreich geschah dies nach einem Referendum mit knappem Ausgang im September 1992. Im Vereinigten Königreich verzögerte sich die Ratifizierung jedoch durch Widerstand innerhalb der regierenden konservativen Partei bis zum 2.8.1993. In Deutschland wurde mit der Ratifizierung eine Änderung des Grundgesetzes verbunden, die zu Verfassungsbeschwerden führte. Erst eine Entscheidung des Bundesverfas-

36 ABl. L 169/1987, 1.

37 Zur Geschichte *Cloos/Reinesch* u.a. (F.).

38 ABl. C 348/1992, 1; Bull. EG 5/1993, Ziff. 1.1.4.

sungsgerichts vom 12.10.1993 (§ 2 Rn. 85) ermöglichte eine Ratifizierung und das Inkrafttreten des Vertrages zum 1.11.1993.

Der EUV bildete nur eine Zwischenstation für weitere Vertragsreformen. Mehrere Bestimmungen waren ausdrücklich nur auf Probe oder für eine Übergangszeit konzipiert. Das Mandat zur Einberufung einer neuen Regierungskonferenz wurde vom Europäischen Rat am 16.12.1995 erteilt.³⁹ Die Arbeiten führten zu einem weiteren, am 2.10.1997 unterzeichneten Änderungsvertrag („**Vertrag von Amsterdam**“).⁴⁰

Das Ratifizierungsverfahren verlief im Vergleich zum EUV ohne größere Hindernisse. Der Vertrag, am 1.5.1999 in Kraft getreten, strebte eine **Vereinfachung des geltenden Rechts**, u. a. durch eine neue Nummerierung der Artikel von EGV und EUV, an. Gleichzeitig fügte er dem Primärrecht eine Fülle neuer Texte zu. Wesentliche Änderungen betrafen u. a. die Übertragung des Bereichs Asyl und Einwanderung in den EGV, die Einbeziehung des **Übereinkommens von Schengen** in das Vertragsgefüge (§ 20 Rn. 11 f.) und die Einführung der Möglichkeit einer **verstärkten Zusammenarbeit** zwischen den Mitgliedstaaten gestützt auf das institutionelle System der EU (§ 3 Rn. 44 ff., § 40 Rn. 10 f.). Im institutionellen Bereich wurden u. a. Verbesserungen des Gesetzgebungsverfahrens zur Stärkung der demokratischen Legitimation beschlossen.

Im Jahre 1999 erreichte die Union noch aus zwei weiteren Gründen eine neue Stufe: Am 1. Januar trat die endgültige Phase der **Wirtschafts- und Währungsunion** in Kraft, die Wechselkurse der beteiligten Währungen zum Euro wurden unveränderlich festgelegt. Nicht alle Staaten wollten oder konnten zu diesem Zeitpunkt die gemeinsame Währung einführen: Griechenland übernahm – unter prekären Voraussetzungen, wie sich später herausstellen sollte – die Währung ein Jahr später, Dänemark, das Vereinigte Königreich und Schweden verschoben auf der Grundlage von Ausnahmeregeln ihren Beitritt (§ 24 Rn. 23 ff.).

Der Europäische Rat einigte sich außerdem am 20.3.1999 auf die **Agenda 2000**, ein Paket vor allem finanzieller Maßnahmen, das auch nach dem Beitritt zahlreicher weiterer Staaten eine funktionsfähige Union gewährleisten sollte.⁴¹

Im Vertrag von Amsterdam konnte die Absicht nicht verwirklicht werden, das institutionelle System – insbesondere die Zusammensetzung der Kommission und die Abstimmungsregeln des Rates – auf die bevorstehenden Erweiterungen angemessen vorzubereiten. Daher sah das Protokoll Nr. 11 eine weitere Regierungskonferenz vor, um die noch offenen Fragen zu regeln. Diese Konferenz wurde im Jahre 2000 einberufen. Sie führte am 26.2.2001 zur Unterzeichnung des **Vertrages von Nizza**.⁴² Dieser Vertrag änderte vor allem die institutionellen Bestimmungen. Er bewirkte u. a. eine Verkleinerung der Kommission, änderte ihr Ernennungsverfahren, ermächtigte zum Erlass eines Statuts der europäischen Parteien und erweiterte die Regeln über eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb des Rahmens der Union.⁴³ Am 7.6.2001 lehnte die Bevölkerung Irlands die Ratifizierung dieses Vertrages zunächst ab. In einer zweiten Abstimmung am 19.10.2002 befürwortete eine Mehrheit den Vertrag. Er konnte daraufhin am 1.2.2003 in Kraft treten. Das nahezu gleichzeitige (d. h. am 23.7.2002) Auslaufen des (für die Dauer von 50 Jahren abgeschlossenen) **EGKS** symbolisiert den Wandel von einer zwar intensiven, doch sekt-

39 Bull.EG 12/1995, Ziff. 1.2.

40 ABl. C 340/1997, 1.

41 COM(97) 2000 = Bull.EG, Beil. 5/97.

42 ABl. C 80/2001, 1.

43 Dazu Jopp/Lippert/Schneider (F.) und Weidenfeld (F.).

oriell eng begrenzten Integration zu einer neuartigen und umfassenden **Europäischen Verfassungsordnung** (Rn. 28, 29).

III. Die Europäische Union als Verfassungsordnung und der Vertrag von Lissabon

- 28 Die Entwicklung und Entfaltung des europäischen Rechts beruht nicht nur auf förmlichen Vertragsänderungen. Wegen ihrer Lückenhaftigkeit und der bewusst **entwicklungs-offen** konzipierten Verträge entstanden wesentliche Elemente des Rechts der Union evolutiv aus der Praxis der Organe und der Mitgliedstaaten. Oft war der Europäische Gerichtshof die treibende Kraft. Erinnert sei an die Rechtsprechung zum **Vorrang** und zur **unmittelbaren Wirkung** des europäischen Rechts (§ 3 Rn. 35ff.; § 6 Rn. 56ff.), zum **Grundrechtsschutz**, zum **Umfang der Grundfreiheiten** und zur **Haftung für Verstöße** gegen EU-Recht (§ 2 Rn. 8ff., 72ff.). Zahlreiche Urteilsformulierungen wurden nachfolgend in die Vertragstexte übernommen (z. B. Art. 6 Abs. 3 EUV zum Grundrechtsschutz).⁴⁴ Der Grundrechtsschutz im Rahmen der EU ist vom Bundesverfassungsgericht in der sog. „Solange-II“-Entscheidung als dem Grundrechtsschutz nach dem deutschen Grundgesetz gleichwertig anerkannt worden. In der von Parlament, Rat und der Europäischen Kommission im Jahre 2000 feierlich proklamierten und mit dem Vertrag von Lissabon 2007 (Unterzeichnung) bzw. 2009 (Inkrafttreten) in den Rang der Verträge erhobenen (Art. 6 Abs. 1 EUV) **Charta der Grundrechte der EU** wird der Grundrechtsschutz weiter konkretisiert, positivrechtlich abgesichert und so auch dogmatischer Fortentwicklung leichter zugänglich gemacht (§ 2 Rn. 11).

Die Gesamtheit dieser Vorgänge lässt sich als **Verfassungsentwicklung** bezeichnen.⁴⁵ Im Verlauf der Konstitutionalisierung verdeutlichen sich die unionsspezifischen **Werte** (vor allem der konstitutionelle Dreiklang aus Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten). Es konsolidierten sich die **Rechtsordnung** sowie die **Institutionen** der Union, ihre **Verfahren** wurden stärker demokratisch rückgebunden und rechtsstaatlich abgesichert.

- 29 Der Vertrag von Nizza formalisierte den Prozess der Verfassungsbildung. In der Folge berief der Europäische Rat einen „Europäischen Konvent“ ein. Nicht zufällig erinnert das Konventsmodell an die „conventions“ der werdenden Vereinigten Staaten mit ihren für die weltweite Verfassungsentwicklung so wichtigen Impulsen. Der Konvent bestand aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der Parlamente der Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten, aus Vertretern der Regierungen und der Kommission. Er erarbeitete unter dem Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten *Giscard d'Estaing* den Entwurf eines „**Vertrages über eine Verfassung für Europa**“. Die vorgeschlagene Verfassung sollte an die Stelle von EU- und EG-Vertrag treten und die Grundrechtecharta von 2000 in sich aufnehmen. In 17 Staaten konnten die parlamentarischen Zustimmungsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden. In Spanien und Luxemburg hatten zustimmende Referenden dafür den Weg gebahnt. In Frankreich und den Niederlanden verweigerten die Bürgerinnen und Bürger demgegenüber ihre Zustimmung (2005).⁴⁶ Die Verfassung trat folglich nicht in Kraft.

44 Anschaulich ist in der Literatur mit dem berühmten Paradigma von Peter Häberle von einer „Textstufentwicklung“ die Rede, dazu *Häberle/Kotzur*, Europäische Verfassungslehre, 8. Aufl. Baden-Baden 2016, Rn. 465.

45 Dazu *Bieber/Schwarze*, Verfassungsentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden 1984; *Tsatsos* (Hg.), Die Unionsgrundordnung. Handbuch zur Europäischen Verfassung, Berlin 2010; *Häberle/Kotzur*, Europäische Verfassungslehre, 8. Aufl. Baden-Baden 2016.

46 Dazu *Kadelbach* (Hg.), Europäische Verfassung und direkte Demokratie, Baden-Baden 2006.

Stichwortverzeichnis

Die Angaben verweisen auf die Kapitel des Buches (**fette Zahlen**) sowie die Randnummern innerhalb der einzelnen Kapitel (magere Zahlen).

Beispiel: § 9 Rn. 10 = 9 10

- Abfälle **12** 6, **35** 28
- Abgaben **26** 15
- gleicher Wirkung **12** 15 ff.
 - inländische **9** 23, **22** 3, 5
- Abgestimmtes Verhalten **16** 15
- Abkommen **38** 21
- gemischte **3** 28
- Abkommen der EU **4** 47, 85, **6** 39, 64, **10** 79 ff., **28** 20, **31** 11, **36** 16 ff.
- Abschlussverfahren **36** 21 ff.
 - AETR **36** 17
 - Assoziierungsabkommen **37** 25 ff.
 - Cotonou-Folgeabkommen **4** 64, **37** 35 ff.
 - mit erheblichen finanziellen Folgen **36** 22
 - über die Sozialpolitik **21** 11, **25** 7 f.
 - Vertragsschlussbefugnis **36** 16 ff., 31
 - von Cotonou **6** 43, **37** 26, 36
 - von Lomé/Cotonou **5** 5
 - von Samoa **4** 40
 - Zustimmungsrecht des EP **4** 29
- Abschiebung **20** 7, 20
- Abstimmungen **4** 56 ff.
- Acheson, Dean **1** 12
- Adenauer, Konrad **1** 12
- Agenda 2000 **1** 26
- Agenturen **4** 109, 5 5
- Agrarland, Erwerb **26** 7
- Agrarmarktordnung **26** 9
- Agrarpolitik, gemeinsame (GAP) **1** 18, **16** 5, **26** 1 ff., **36** 2
- AKP-Abkommen **4** 64, 5 5, **37** 35 ff.
- Aktives Wahlrecht **2** 34 ff., 38 f.
- Allgemeine Rechtsgrundsätze **2** 9, 11, **6** 16 ff., 47, 49, **9** 10, **10** 72, 93, **25** 36
- Allgemeininteresse **1** 40, **3** 20, **4** 65, 96, **9** 27, **10** 47, **12** 55, **14** 7, 15
- Allgemeinwohl **11** 21, **13** 27, **15** 5
- Alpentransit **27** 18
- Amsterdam, Vertrag von **1** 2, 25, **6** 8, **20** 16
- Amt für geistiges Eigentum **23** 5
- Amtsblatt **7** 44 f.
- Amtshaftung **4** 118, **10** 66 ff.
- Amtshilfe **5** 21, **9** 4 ff., **22** 18
- Amtssprachen **4** 120, **7** 46
- Änderung der Verträge **40** 12, 16
- Initiative des EP im November 2023 **1** 32
 - vereinfachte **7** 32
- Änderung von Rechtsakten **7** 47
- Anerkennung
- gegenseitige **8** 6, 13, **11** 2, 13, **19** 11
 - von gerichtlichen Entscheidungen **18** 9
 - von Zeugnissen und Diplomen **14** 19 ff.
- Anhörung **7** 10 ff.
- Arbeitnehmer **21** 15
 - Ausschüsse **7** 15
 - EP **7** 11
 - WSA **7** 13
- Anhörungsbeauftragter **16** 38
- Anleihen **5** 13
- Anwendbarkeit, unmittelbare **3** 35, **6** 34, 56 ff., **16** 22
- Anwendung der Verträge, Sonderregelungen **3** 53
- Anwendungsvorrang **3** 38
- Arbeitnehmer **13** 1 ff., **21** 14, **25** 13 ff.
- Arbeitssicherheit **25** 27
 - Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen **13** 29, **25** 25 ff.
 - Aufenthalt **13** 25, 29 f.
 - Ausbildung **13** 29, **32** 2, 11
 - Begriff **10** 14, **13** 6 ff., **25** 14
 - Berufssport **13** 6

Stichwortverzeichnis

- Drittstaatsangehörige 13 5
- Familienangehörige 13 9, 29 f.
- Gleichbehandlung 13 18, 25
- Grundrechte 25 8, 20
- Inländergleichbehandlung 13 17 ff.
- öffentliche Verwaltung 13 13 f.
- soziale Sicherheit 13 31, 25 26
- Unterrichtung und Anhörung 21 14, 25 25
- Arbeitsrecht 25 25 ff.
- Arbeitssicherheit 31 5
- Architekten 14 19
- Architektur, europäische 39 3
- Armand, Louis 1 17
- Arzneimittel 34 37, 45
- Ärzte 14 11, 19
- Assoziationsrat 4 64
- Assoziierung 36 2, 37 35 ff.
- Assoziierungsabkommen 39 6
- Asylpolitik 20 13 ff.
- Asylrecht 20 22 f.
- Atomausstieg 28 9
- Aufsichtsbefugnisse 4 71
- Ausfuhr
 - Beihilfen 37 24
 - Dual-use-Güter 37 19
 - Exportkontrollen 37 19
 - Kriegsmaterial 37 13, 19
 - Maßnahmen gleicher Wirkung 12 67 ff.
 - Politik 37 19
- Ausführungsbefugnisse 3 21, 4 49, 7 26 ff.
- Ausführungsregeln 7 26 ff.
- Ausgaben der EU 5 1, 15 f., 18 ff.
- Auskunftsrecht 2 47, 4 71
- Auslegung, einheitliche 3 43 ff.
- Auslegung des EU-Rechts 10 11 ff., 96 f.
 - Methoden 10 14 ff.
 - Zuständigkeit 2 84, 3 36, 10 8
- Auslegung des staatlichen Rechts 6 67, 69, 9 17
 - unionskonforme 3 36
- Ausschluss 40 8
 - Ausschluss aus der EU 2 71, 3 42, 4 40
 - Ausschuss 4 112 f.
 - der Regionen 4 97 f., 7 13
 - der Ständigen Vertreter (AStV) 4 60
 - für Sozialschutz 25 10
 - Ausschuss der Regionen 3 33, 4 5, 50, 7 1
 - Ausschussverfahren 7 28
 - Außenbeziehungen, Zuständigkeit 36 16 ff.
 - Außengrenzen 3 52, 4 109, 20 20
 - Außenhandelstheorie 1 47
 - Außenzolltarif 12 2, 11
 - Außervertragliche Haftung der EU 9 8, 10 66 ff., 36 12 f.
 - Ausstrahlung des EU-Rechts 3 54, 39 3
 - Austritt 7 39
 - Austritt aus der EU 2 68, 3 42, 4 40, 6 10
 - Austrittsabkommen 39 16
 - Auswärtiger Dienst 4 118
 - Ausweisung 13 25
 - Autonomie
 - der EU Rechtsordnung 2 3, 10 12 ff.
 - der Mitgliedstaaten 9 7, 24 11, 35 39 f., 37 23
 - Bananen 10 5, 74, 16 25, 26 13
 - Banken 15 9, 11, 13
 - Bankenunion 15 11
 - Banknoten 4 91, 15 5, 11
 - „Barcelona“-Prozess 39 14
 - Beamtenstatut 4 118
 - Begründungspflicht 3 32, 7 42
 - Begründung von Rechtsakten 7 6
 - Beherrschende Stellung 16 25 ff., 44 f.
 - Behinderte 25 25
 - Beihilfen 16 1, 17 1 ff., 26 14 ff., 27 8, 32 3, 33 17
 - Begriff 17 7 ff.
 - Landwirtschaft 26 18
 - Rückforderung 9 20 f., 17 28 f.
 - Verfahren 4 49, 17 24 ff.
 - Beistand
 - finanzieller 24 12 f.
 - gegenseitiger 3 18, 38 7

Stichwortverzeichnis

Beiträge 5 9

Beitritt 1 35 ff., 3 41, 6 10, 7 34, 37 28,
39 5 ff.

– Albanien 39 5

– Georgien 39 5

– Island 39 5

– Moldau 39 5

– Montenegro 39 5

– Nordmazedonien 39 5

– Schweiz 39 5

– Serbien 39 5

– Türkei 39 5

– Ukraine 39 5

Beitritt, Rücknahme des Antrags

– Island 39 5

– Schweiz 39 5

Beitrittspartnerschaften 39 7

Beitrittsverfahren 6 10, 7 34

Beitrittsverhandlungen

– Republik Moldau 1 39

– Türkei 1 39

– Ukraine 1 39

Beratung 4 95 ff., 112, 7 10 ff.

Berücksichtigungsgebote 7 6

Berufe, freie 14 2 ff., 9 ff., 19 f.

Berufsausbildung 13 21, 29, 32 2, 10

Berufsqualifikation 32 2, 6, 9 f.

Berufszugang 13 17 ff., 27 11

Beschäftigungspolitik 25 1, 44 ff.

Beschluss 6 37

Beschlussfähigkeit 4 56, 76

Beschränkungsverbot 12 34 ff., 13 20 ff.,
14 5 ff., 15 1, 10

Besitzstand, gemeinschaftlicher 1 40

Besondere/ausschließliche Rechte 2 23

Bestandskraft von Verwaltungsak-
ten 9 24

Bestechung 19 15

Bestimmungslandprinzip 22 13

Bestmöglicher Umweltschutz 35 14

Betroffenheit, individuelle 10 43 ff.

Betrugsbekämpfung 5 20, 19 10

Bevollmächtigte vor dem EuGH 10 106,
108

Bewegungs- und Aufenthaltsrecht
2 29 ff., 13 3 f.

– Beschränkungsverbot 2 31

– unmittelbare Anwendbarkeit 2 31

Beziehungen zum Vereinigten König-
reich 40 16

Bildung 13 29, 32 1 ff., 36 2

Binnengrenzen 12 16

Binnenmarkt 1 3, 3 10, 8 1, 11 1, 12 1 ff.,
16 1, 17 2, 18 1, 21 1 f., 25 2 f., 27 7,
28 15, 34 16 ff., 35 38

Binnenschiffe, Stilllegung 27 21

Binnenschifffahrt 27 4, 20 ff.

Binnenzölle 12 14 ff.

Bologna-Prozess 32 8

Börsenrecht 15 12

Brasserie du Pêcheur-Urteil 2 72 f.

Brexit 1 32 f., 3 42, 27 32, 39 16

Bruttoprinzip 5 8

Bundesländer 2 57, 4 52 f., 17 18, 27

Bundesrat 4 52

Bundesregierung 4 52

Bundestag 2 64, 4 39, 52

Bundesverfassungsgericht 1 30, 2 83 f.,
3 40, 10 5, 18

– „Maastricht“-Urteil 1 24

– „PSPP“-Urteil 1 31

Bürgerbeauftragter 2 25, 47 ff., 3 15,
4 101, 10 68

– Ernennung 4 28

Bürgerdemokratie 3 16

Bürgerinitiative 2 25, 44, 7 8, 10

Bürgerrecht 2 7 ff., 23 ff., 4 120, 6 12,
13 3, 40 3

Bürgerrecht, europäisches 1 23

Bußgeld 16 34

Cassis de Dijon-Urteil 11 20, 12 55

Centros-Urteil 14 8

Charta der Grundrechte der EU 3 2, 7,
6 8

Chemikalienrecht 35 27

CO₂-Emissionen, Seeverkehr 27 25

COMENIUS 32 10

Stichwortverzeichnis

- Copernicus 31 10
Corporate Governance 21 16
COSAC 4 39
COVID-19-Krise 5 13
Cybersicherheit 19 15
Dänemark, Protokoll 20 2, 10, 24 23
Darlehen 5 13
Daseinsvorsorge 16 49
Dassonville 12 37 ff.
Daten
– Austausch 19 20
– nicht-personenbezogene 33 12
– personenbezogene 33 12
Daten-Governance 33 7
Datenschutz 3 15, 9 6, 33 10 ff.
– bereichsspezifischer 33 13 f.
Datenschutzbeauftragter
– der Organe 33 16
– europäischer 33 15
Datenschutz-Grundverordnung 33 12
Datenstrategie 33 1
Datenunion 33 1
Datenwirtschaft 33 1
Davignon-Bericht 38 11
Defizit, übermäßiges 24 1, 8 f., 11, 21
Defizitverfahren 24 10
De Gasperi, Alcide 1 12
Delegierte Rechtsakte 4 68, 7 27
Delors-Plan 24 16 f.
De-minimis-Regel 16 19, 17 14, 32 f.
Demokratie 2 67, 3 13, 15 f., 4 3, 20, 30, 37 40
Designrecht 23 6
Devisentransaktionen 15 8
Dienstleistung 2 29 ff., 14 1 ff., 27 2, 8, 11 f., 28 6, 32 7, 33 17, 37 10
– Begriff 14 9
– Erscheinungsformen 14 9 ff.
– von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse 16 49
Dienstrecht der EU 4 118
Digitale Dienste 33 5 f.
Digitale Märkte 33 4
Digitale Netze, Verordnung (DNA) 33 25
Digitalisierung 33 1
Diplomatische Akademie (EUDA) 38 15
Diplomatischer Dienst der EU 4 118
Diplomatischer und konsularischer Schutz 2 25, 41 ff.
Diplome, Anerkennung 14 19 ff.
– Binnenschifffahrt 27 22
Direktinvestitionen, ausländische 37 10, 20
Direktwahlakt 4 23, 32, 7 12, 33
Direktzahlungen, Landwirtschaft 26 18
Diskriminierung 11 4 ff., 12 36, 47 ff., 14 5 ff., 15 2, 22 3 f., 25 31
– indirekte 11 6, 25 31
– umgekehrte 11 11, 13 15
– versteckte 12 45, 14 16
Dokumente, Zugang 2 47, 7 43
Doppelbesteuerung 22 2, 4, 19
Doppelbestrafung 19 11, 14
Draghi, Mario 1 32
„Dritte Einnahme“ 5 12
Drittwirkung 2 18 f., 6 66 ff., 12 32 f., 25 36
Drogenhandel 19 15
Dual-use-Güter 37 19
Durchführung des EU-Rechts 3 22
Durchführungsbefugnisse 3 21, 4 49, 69
Durchführungsrecht 7 26 ff., 9 1
Effektivität
– des EU-Rechts 2 65, 6 36 ff., 9 27, 10 18
– des Rechtsschutzes 9 27
Effet utile 2 73, 6 61 f., 9 25 ff., 10 18
Effizienz 4 15
EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) 30 10
EFTA 10 82, 39 9 f.
EGKS-Vertrag 3 12
EGNOS 31 10
Eigenmittel 5 9 ff.
Eigenmittelbeschluss 5 3, 10

Stichwortverzeichnis

- Einfuhrbeschränkungen 12 28 ff.
Einfuhrpolitik 37 17
Einheit, Deutsche (1990) 1 37
Einheit, Grundsätze der 5 8
Einheit der Rechtsordnung 3 43 ff.
Einheitliche Europäische Akte 1 21, 6 8,
8 21, 24 16, 35 17
Einheitliches Wahlverfahren 4 32
Einnahmen, sonstige 5 11
Einnahmen der EU 5 1, 3, 18, 7 33
Einstweilige Anordnung 9 27, 10 54, 110
Einwanderung 2 29 ff., 20 4, 7, 13, 21,
36 2
Einzelermächtigung, begrenzte 4 8
Einzelermächtigung, Prinzip 3 21
Einziehung durch Mitgliedstaaten 5 12
Eisenbahn 16 6, 27 4, 39 19
– Infrastruktur 27 12 ff.
– Verkehrsdienstleistung 27 12
– Wegeentgelt 27 12
Elektrizität 12 6, 28 10, 15
Elektroche Kommunikation 33 17
ELER 30 3
EMAS 35 23
Embargo 4 47, 37 13
Emissionen 27 18, 35 26
Empfehlung 6 24, 38, 64, 24 6
EMRK 39 21
Energiamarkt 28 1
Energiepolitik 28 1 ff.
– Abgrenzungsprobleme 28 3 f.
– Energiebinnenmarkt 28 3
– externe 28 3
Energeregulierungsbehörden 28 15
Energieunion, Drittstaaten 28 13 ff.
Energieversorgung 28 1, 4 f., 10, 14
ENISA 19 15
Entlastung der Kommission 4 25, 51,
5 21
Entscheidung 6 37
Entschließung 6 40, 43
Entsenderichtlinie 25 25
Entwicklungspolitik 36 2, 37 25, 32 ff.,
39
ERASMUS 32 10
Erdgas 28 6, 15
Erdöl und Erdölzeugnisse 28 5, 10, 16
ERIC 31 9
Erklärungen 6 9, 26
Ermessen 10 29, 17 19, 27 7
Ermessensmissbrauch 10 52
Ermittlungsgruppen, gemeinsame 19 20
Ernährungssicherheit 26 8
Ernennungen 4 28, 50
Erschöpfungsprinzip 23 4
Erstattung
– Ausfuhr 26 17
– nationaler Abgaben 9 23
Erweiterung 40 13
Essential facilities 16 30
Etikettierung 12 42, 34 17
EU Inc. 21 13
EU-Patent 23 2
Euratom 5 13
Euro 1 26, 5 7, 24 1, 14, 19 ff., 26 17
Euro-Gipfel 4 43, 24 11
Euro-Gruppe 24 20
Eurojust 19 16
EURONEST 4 40
Europa-Abkommen 37 30, 39 6
Europagedanke
– Abbé de Saint Pierre 1 6
– Kant 1 6
Europäische
– Agentur für Netz- und Informationssi-
cherheit 33 30
– Aktiengesellschaft 21 10
– Atomgemeinschaft (EAG) 1 16 f., 6 8,
16 4, 28 2 ff., 7 f., 18, 29 5, 36 4, 28,
37 4
– Atomgemeinschaft (EAG oder
Euratom) 1 1
– Energiecharta 28 18
– Energiegemeinschaft 39 13
– Energieunion 28 11
– Ermittlungsanordnung 19 12

Stichwortverzeichnis

- Finanzstabilisierungsfazilität **5 6**
- Freihandelszone (EFTA) **1 35, 38**
- Gemeinschaft (EG) **1 24, 3 49 f.**
- Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) **1 1, 11 f., 14, 27, 3 5, 28 5, 31 4**
- Genossenschaft **21 12**
- Grundrechte-Agentur **39 21**
- Integration(sprozess) **1 1**
- Investitionsbank (EIB) **4 99 f., 5 5**
- Menschenrechtskonvention (EMRK) **2 10, 10 79, 36 15**
- politische Gemeinschaft **1 15, 38 11**
- Polizeiakademie **19 21**
- Privatgesellschaft **21 13**
- Schulen **4 116, 32 11**
- Sozialcharta **2 14, 25 8**
- Staatsanwaltschaft **4 103, 19 17**
- Stiftung für Berufsbildung **32 11**
- Umweltagentur **4 109, 35 22**
- Union **1 19 ff., 2 1 ff., 3 2 ff., 49 ff., 6 1 ff., 40 1 ff.**
- Verkehrsgemeinschaft **39 12**
- Verteidigungsagentur **4 108, 31 4, 38 15**
- Verteidigungsgemeinschaft **1 15, 38 11**
- Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) **21 9**
- Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) **1 1, 16**
- Wirtschaftsregierung **24 28**
- Zentralbank (EZB) **4 91 f., 7 13, 30, 32, 10 40, 58, 24 18 ff.**
- Europäische Bewegung (Mouvement Européen) **1 10**
- Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) **4 115**
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) **5 9**
- Europäische Investitionsbank (EIB) **5 13**
- Europäische Kommission **4 65 ff.**
- Hoher Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik **4 62**
- Vorschlagsrecht **4 67**
- Europäische Menschenrechtskonvention **2 20 f.**

- Europäischer
 - Auswärtiger Dienst **4 73, 105, 118**
 - Betriebsrat **21 15, 25 25**
 - Datenschutzbeauftragter **4 102, 116**
 - Entwicklungsfonds (EEF) **5 5**
 - Forschungsrat **31 9**
 - Generalstaatsanwalt **4 103, 19 17**
 - Gerichtshof **1 28, 3 17, 37, 4 77 ff., 10 1 ff.**
 - Grüner Deal **28 12 ff.**
 - Haftbefehl **19 13**
 - Innovationsrat **31 9**
 - Investitionsfonds **4 99**
 - Kodex für die elektronische Kommunikation **33 20 ff.**
 - Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) **30 12**
 - Rat **4 42 ff., 7 36, 39**
 - Rechnungshof **4 93 f., 5 21, 10 57**
 - Sozialfonds (ESF) **25 40 ff., 30 3**
 - Stabilitätsmechanismus **5 6, 6 46**
 - Währungsfonds **24 28**
 - Wirtschaftsraum (EWR) **37 28**
- Europäischer Auswärtiger Dienst **38 6**
- Europäischer Datenschutzbeauftragter, Ernennung **4 28**
- Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus **5 13**
- Europäischer Gerichtshof **4 77 ff.**
 - Aufgaben **10 5 ff.**
 - Aufgaben, Ernennung der Mitglieder **4 86 ff.**
 - Aufgaben, Verfahren **4 89 f., 10 105 ff.**
 - Aufgaben, Verfahrensarten **10 21 ff.**
 - Fachgerichte **4 78**
 - Gericht **4 78**
 - Zuständigkeiten **4 79 ff.**
- Europäischer Rat **4 5, 42 ff., 65**
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) **4 115**
- Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) **1 38, 39 4, 9 ff.**
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) **4 50, 95 f.**
 - Mitglieder **4 5 f.**
- Europäisches
 - Hochschulinstitut **4 116, 32 11**

Stichwortverzeichnis

- Institut für Innovation und Technologie **29** 11, **31** 9
- justizielles Netz **19** 18
- System der Zentralbanken (ESZB) **4** 91 f., **24** 19, 25
- Verwaltungsrecht **6** 6, **9** 7
- Zentrum zur Förderung der Berufsbildung **32** 11
- Europäische Sicherheitsagenda **19** 8
- Europäisches Parlament (EP) **2** 6, **3** 16, **4** 1, 20 ff., **7** 1, 11 f., 16 ff., **10** 37, 39
- Abgeordnete **4** 5, 31, 34
- Ausschüsse **4** 25, 34
- Befugnisse **4** 21 ff.
- Fraktionen **4** 37 f.
- Initiativrecht **7** 8
- Kontrollrechte **4** 24 ff.
- Misstrauensantrag **4** 26 ff.
- Wahlen **2** 25, 38 ff., **4** 31 f.
- Zusammensetzung **4** 31 ff.
- Europäische Staatsanwaltschaft **7** 38, **19** 6
- Europäisches Wettbewerbsnetz **16** 39
- Europäische Zentralbank (EZB)
- Direktorium **4** 5
- Ernennung **4** 28
- Europäische Zivilgesellschaft **40** 6
- Europarat **1** 10, **36** 9, **39** 4
- Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) **1** 13
- Europa-Wahlgesetz **4** 33
- European Union Intelligence and Situation Centre (EU INTCEN) **38** 15
- Europol **4** 107, **19** 16, 20
- Eurosystem **4** 91, **24** 19
- EU-Vertrag **1** 28, **3** 2 ff.
- Evolutivklausel **2** 28
- Exekutivagenturen **4** 109 f.
- Fachgerichte **4** 78, 88
- Fahrgastrechte
- Omnibusverkehr **27** 17
- Passagierrechte **27** 14, 22
- Familienrecht **18** 6, **25** 34
- Fernsehen **14** 23, **16** 49, **32** 1, 7, 13
- Finalität der Verfassung **3** 5
- Finanzautonomie **5** 12
- Finanzielle Interessen der EU **19** 10, 17
- Finanzieller Beistand **5** 13, **24** 12 f.
- Finanzielle Solidarität, Sonderregelungen **5** 12
- Finanzmonopole **16** 47, 49
- Finanzplanung **5** 16
- mehrjährige **5** 2
- Finanzrahmen, mehrjähriger **5** 16
- Finanzraum, europäischer **15** 11 ff.
- Finanztransaktionen der Mitgliedstaaten **5** 1
- Fischerei **26** 3, 24 ff.
- Fischereiabkommen **26** 30
- Fiskalpakt **3** 48, **24** 11, 28
- Flagge der EU **3** 55
- Flexibilitätsinstrument **5** 18
- Föderalismus **1** 43, **2** 53
- Fonds **5** 8, **30** 8
- für gerechten Übergang **30** 8
- Ziele **30** 11
- Formvorschriften **6** 23
- Formvorschriften, wesentliche **7** 3, 42, **10** 52
- Forschungssicherheit **31** 11
- Forschung und Entwicklung **31** 1 ff., **36** 2
- Fouchet-Pläne **38** 11
- Fragerecht
- der Bürger **2** 25, 47 ff.
- der EP-Abgeordneten **4** 25
- Fraktionen im EP **4** 37
- Francovich-Urteil **2** 73 ff., **6** 35
- Freier Dienstleistungsverkehr **14** 9 ff.
- Freier Warenverkehr **12** 1 ff.
- Freihandelszone **12** 12
- Freistellung **16** 21 f., 32
- Freizügigkeit **2** 25, 29 ff., **8** 1, **13** 1 ff., **39** 19
- Frieden **3** 12
- Friedensnobelpreis **1** 1
- Fristen **7** 19, **10** 107, **16** 36, 46

Stichwortverzeichnis

- Frontex 4 109, 19 22, 20 20
Frustrationsverbot 6 31
Führerschein 27 16
Funkfrequenzen 33 29
Funktionalismus 1 43
Funktionsfähigkeit 3 19, 4 11
Fusionskontrolle 16 3, 11, 40 ff.
Fusionsvertrag 1 18

Galileo 31 10
GAP-Strategiepläne 26 8, 18
Gatekeeper 33 4
GATS-Übereinkommen 37 21
Gebhard-Urteil 14 11
Geistiges Eigentum, Handelsaspek-
te 37 10
Geldbußen 16 34
Geldpolitik 4 91, 24 18
Geldstrafen, Geldbußen 19 12
Geldwäsche 15 9, 19 15, 19
Geltungsbereich, räumlicher 3 52 f.
Gemeinsame
– Forschungsstelle 31 8
– Unternehmen 4 111
Gemeinsame Aktion 38 18
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspo-
litik 1 19, 41, 3 29, 4 73, 6 68 ff.,
7 24 f., 28 13, 36 5, 38 1 ff.
– Hoher Vertreter 4 62
– Zuständigkeit 38 4
Gemeinsamer
– Standpunkt 38 17
– Zolltarif 5 11, 12 2 f., 11 ff.
Gemeinsamer Europäischer Luftver-
kehrsraum 39 11
Gemeinsame Verfassungsüberlieferun-
gen 2 9
Gemeinschaftliches Sortenamt 23 3
Gemeinschaftspräferenz 26 12
Gemeinwohl, europäisches 3 20
Gemischte Abkommen 36 19, 29
Generalanwalt 2 10, 4 86 f., 89, 6 12,
10 108
Gentechnologie 35 27

Geografische Angaben 23 6
Gericht 4 86 f., 90 f., 10 2, 105 ff.
Gerichte der Mitgliedstaaten 2 66, 10 1,
9 f., 86 ff., 16 22, 39
Gerichtshof 4 5, 77 ff.
Gesamtbild hoheitlicher Funktionen 3 6
Geschäftsfähigkeit der EU 3 50
Geschäftsgeheimnisse 23 6
Geschäftsordnung 6 39
– Kommission 4 75
– Parlament 4 34
– Rat 4 55
– Rechnungshof 4 94
Geschäftsverkehr, elektronischer 14 24
Geschäftsverweigerung 16 30
Geschmacksmuster 23 6
Gesellschaftsrecht 14 8, 21 1 ff.
Gesellschaftsvertrag, europäischer 3 20
Gesetzesvorbehalt 9 11
Gesetzgebung 3 22
– Technik 7 40
– Verfahren 7 1 ff.
– Zuständigkeit 3 21 ff., 4 23, 46 f., 67
Gesetzgebungsakte 7 2
Gesetzgebungsplanung 7 9
Gesetzgebungsverfahren 7 16
Gesundheitsschutz 8 15, 12 53 ff., 25 27,
34 33 ff., 36 2
Gewaltenteilung 4 3
Gewässerschutz 35 25
Gewerblicher Rechtsschutz 23 1 ff.
Gewohnheitsrecht 6 21
Gibraltar 3 53
Gleichgewicht, institutionelles 4 17
Gleichheit der Mitgliedstaaten 3 30
Gleichheitsgrundsatz, allgemeiner 2 12
Gleichstellung von Mann und Frau
25 17, 33 ff.
Globalisierung 40 14 f.
Governance 1 44
Grenzkontrollen 1 34, 12 16 ff., 13 3,
20 4 f., 14, 18, 20 ff., 22 13

Stichwortverzeichnis

- Grundfreiheiten 2 21 f., 8 2, 11 1 ff.,
12 1 ff.
- Grundrechte 2 8 ff., 3 13 f., 30, 4 109,
6 16, 7 6, 9 11, 18
- Adressaten 2 15 f.
 - Agentur 2 16
 - Charta 1 28, 2 9, 3 2 ff., 9 11
 - Kollision 2 19
 - Schutz 1 28, 2 11 ff., 67, 3 12, 9 11,
16 38
 - soziale 13 35
 - Träger 2 15
 - Verfahrensgarantien 2 15
- Grundtvig-Programm 32 10
- Gruppenfreistellung 16 23 f.
- Gutachten des EuGH 10 22, 79, 36 23
- Güterverkehr 27 16
- Güterverkehrskorridore 27 15
- Gute Verwaltung 2 47, 7 42, 9 11
- Haager Programm 19 8
- Haftbefehl, europäischer 19 13
- Haftbefehl, Vollzug 19 13
- Haftung
- der Europäischen Union 10 66 ff.,
26 11
 - der Mitgliedstaaten 1 28, 2 72 ff.,
26 11
 - für fehlerhafte Produkte 34 21
- Hallstein, Walter 1 17
- Handelsbeeinträchtigung 12 28 ff.
- Handelspolitik 12 2, 33 17, 36 2, 37 1 ff.,
8 ff.
- Handels- und Zusammenarbeitsabkom-
men 39 16
- Handlungspflichten 3 5 ff., 6 57
- Haushalt
- Defizit 24 1, 8 ff.
 - Grundsätze 5 8 ff.
 - Kontrolle 5 21
 - Verfahren 4 66, 7 23
- Haushaltsausgleich 5 8
- Haushaltsdisziplin 3 30, 7 6
- Haushaltsordnung 5 3
- Haushaltsplan 5 1 f., 4 f.
- Ausführung 4 69, 5 19
 - Rechtsnatur 5 2
 - Rechtswirkungen 5 4, 6 65
 - Umfang 5 18 f.
 - Verfahren 5 2
- Heranführungsstrategie 39 7
- Herren der Verträge 2 54, 3 40, 40 6
- Hochschulen 32 8, 10 f.
- Hoheitsbefugnisse 2 53 f., 81, 4 7 f.,
13 13 f.
- Hoher Vertreter für die Außen- und Si-
cherheitspolitik 3 50, 4 62, 73, 36 21,
26, 38 6, 13
- Horizontale Wirkung des EU-Rechts 2 5,
6 66 f.
- Humanitäre Hilfe 37 40
- Hydrofracking 28 1
- Hymne der EU 3 55
- Identität 40 4
- der Mitgliedstaaten 2 57 ff., 3 30
 - der Organe 4 12
 - der Union 3 13, 32 1, 40 3
- Im Rat vereinigte Vertreter der Mitglied-
staaten 4 63, 6 43 f.
- Individualrechtsschutz 10 41 ff.
- Industriepolitik 29 1 ff.
- Informationsgesellschaft 29 7
- Initiativrecht 2 44, 4 23, 32, 48, 67 f.,
7 8 f., 30
- Institutioneller Rahmen 4 1
- Institutionelle Selbstbeschränkung 5 16
- Institutionen 4 1 ff.
- Integration 1 19, 42 ff., 4 7, 10 6, 12, 17 5
- durch Recht 1 5
 - Fehlentwicklungen 26 2
- Integration als Experiment 40 1
- Integrationsdynamik 40 1
- Integrationstheorie 1 42 ff.
- Integrationsverantwortung 40 6
- Integrationsverantwortungsgesetz 4 53,
7 32
- Integrierte Industriepolitik 29 8

Stichwortverzeichnis

- Interesse, gemeinsames 3 20
Interessengruppen 4 30, 95
– Arbeitnehmer 7 15
Intergouvernementale Zusammenarbeit 6 43, 38 1, 15
Interinstitutionelle Vereinbarungen 4 14, 5 3, 6 39, 7 5
Intermodaler Verkehr 27 4
Internationale Abkommen, Abschluss 3 28
Internationale Beziehungen 1 41
Internationale Organisationen 1 13, 36 7 ff., 37 32, 38 18, 24, 40 15
Internationaler Währungsfonds (IWF) 1 13
Internationales Privatrecht 8 28, 18 3
Internet 7 43, 33 29
Interoperabilität 27 33
Interpol 19 20
Interventionspreis 26 16
Investitionskontrollen 28 8
Inzidentkontrolle 10 63 ff.
Irland – Protokoll 1 30
Irreführende Werbung 34 20
Island 39 18
Jährlichkeit, Prinzip der 5 8
Japan 27 29
Juristische Personen, Sonderregeln 5 5
Justizielle Rechte 2 12
Justizielle Zusammenarbeit
– in Strafsachen 5 20, 6 68 ff., 19 1 ff.
– in Zivilsachen 18 1 ff.
Just Transition Fund 30 10
Kabotage 27 4, 24
Kalanke-Urteil 25 39
Kammern
– Gerichtshof 4 89, 10 107
– Rechnungshof 4 94
Kapitalmarktunion 15 11, 16
Kapital- und Zahlungsverkehr 12 1, 15 1 ff., 22 15, 24 17, 36 2
Kartellverbot 16 2, 13 ff.
– Rechtsfolgen 16 20
– Schadenersatz 16 20
Keck-Urteil 11 22, 12 40 ff.
Kernbrennstoffe 28 7
Kernenergie 28 1 f., 7 f., 31 6
Kirchen 3 15
Klein- und Mittelbetriebe 29 7
Klimaschutz 26 8, 31 8, 35 29
– Fit für 55 28 12
– Grüner Deal 28 12
– Übereinkommen von Paris 28 11
KMU 29 10
Koalitionsrecht 25 13, 22
Kohäsionsfonds 30 3, 8 ff., 15, 18
Kohle- und Stahlindustrie 16 4
Komitologie 7 28
Kommission 4 1, 112 f., 5 19, 7 1, 5, 8, 19, 23 ff., 30, 36, 9 8 ff., 10 24 ff., 39, 16 3, 33 ff.
– Amtseid 4 74
– Amtszeit 4 72
– Aufgaben 4 66 ff.
– Beendigung des Amts 4 72, 74
– Beschlussfassung 4 75 f.
– Ernennung 4 28, 46, 50, 72
– Geschäftsordnung 4 75
– Kollegialitätsprinzip 4 75
– Misstrauensantrag 4 26, 74
– Präsident 4 72
– Stellungnahme 3 45
– Verkleinerung 1 27
– Vizepräsidenten 4 72
– Vorschlag 3 45
– Vorschlagsrecht 7 8 ff., 19, 23, 30, 36
Kommunalwahlrecht 2 25, 34 ff.
Kommunikation, elektronische 33 20 ff.
Konditionalität 7 23, 37, 26 18
Konferenz der Vertreter der Mitgliedstaaten 4 44
Konferenz von Messina 1 16
Konferenz zur Zukunft Europas 1 32
Konsularischer Schutz 2 41 ff.
Kontrollmechanismus 3 33
Kontrollrechte 4 7, 51, 71, 93